

## DIE ERGEBNISSE DER TAGUNG DES ERWEITERTEN EKKI

Die Tagung der 7. Erweiterten Exekutive der Komintern (vom 22. 11. bis 1. 12. 1926) ist nach Umfang und Charakter der von ihr behandelten Aufgaben, der theoretischen Durchdachtheit und der sachlich konkreten Weise, mit der dieselben gelöst wurden, eine der bedeutsamsten internationalen Tagungen der Vertreter der Kommunistischen Parteien. Sie stellt einen neuen Markstein auf dem Wege des fortschreitenden Kampfes des internationalen Proletariats um den Sieg des Weltoktober dar.

Die erste Phase der Periode zwischen zwei Wellen der Revolution, die die internationale Arbeiterbewegung gegenwärtig durchmacht, die Phase der Depression, ist bereits hinter uns. Die Situation im internationalen Maßstab wendet sich zum besseren. Die Anstrengungen der Bourgeoisie zur Stabilisierung des Kapitalismus haben bereits zu einem grandiosen Kampf (in England) geführt und werden unvermeidlich zu neuen, noch heftigeren Massenkämpfen führen. Der wirtschaftliche Abwehrkampf des Proletariats schlägt unter den Verhältnissen der chronischen Krise des Kapitalismus in den politischen Klassenkampf um; jedes entschlossene Auftreten des Proletariats in diesem oder jenem Lande gewinnt große internationale Bedeutung. Die sich verschärfenden Gegensätze im Lager der Imperialisten eröffnen dem Proletariat der unterdrückten Völker in einer Reihe von Ländern die Möglichkeit, sich an die Spitze der nationalrevolutionären Bewegung zu setzen und die imperialistische Front an ihren schwächsten Abschnitten (China) zu durchbrechen. Der objektive Gang der Ereignisse eröffnet die Perspektive eines neuen Anstiegs der revolutionären Welle. Die Arbeit der kommunistischen Parteien ist darauf gerichtet, das Tempo des Herannahens dieses Aufschwunges zu beschleunigen, um die Arbeitermassen für die bevorstehenden Entscheidungskämpfe zu organisieren und zu stählen.

Vor der 7. Erweiterten Exekutive stand deshalb vor allem die Aufgabe, sich nicht auf die üblichen, allgemeinen, bisweilen nebelhaften und mitunter sogar widerspruchsvollen Formeln zu beschränken, sondern eine differenzierte Analyse der Weltlage, eine konkrete, präzise Charakteristik der Oekonomik und des Kräfteverhältnisses der Klassen in den ausschlaggebenden Ländergruppierungen zu geben. Diese Aufgabe fand ihre Lösung in dem grundlegenden Dokument der Erweiterten Exekutive, in den Thesen über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, die vom Plenum auf Grund des ausführlichen gedruckten Berichts des Genossen Bucharin, der in den Vollsitzungen und in der politischen Kommission Gegenstand einer kollektiven und allseitigen Behandlung war, angenommen wurden. Das Studium der von der Erweiterten Exekutive angenommenen Thesen sowie aller hierauf bezüglichen Materialien wird das beste Mittel sein sowohl gegen eine Unterschätzung der revolutionären Möglichkeiten und folglich auch der

Pflichten der kommunistischen Parteien in der gegenwärtigen Periode, als auch gegen die „übermenschlichen“ Versuche der Ultralinken, mit einem Federstrich die Teilstabilisierung des Kapitalismus vom internationalen Schauplatz des Klassenkampfes wegzustreichen.

Die zweite Aufgabe, die vor der Erweiterten Exekutive stand, war die, jene allgemeinen Parolen — Heran an die Massen, Einheitsfront, Einheit der Gewerkschaftsbewegung, führende Rolle des Proletariats in der nationalrevolutionären Bewegung usw. —, Parolen, die bisher in erheblichem Grade als algebraische Formeln aufgestellt werden mußten, einer eben solchen s a c h l i c h e n K o n k r e t i s i e r u n g zu unterziehen. Schon die ersten Klassenkämpfe, die sich beim neuen Aufstieg entfalteten, brachten eine vielseitige und äußerst reichhaltige Erfahrung, auf Grund deren diese allgemeinen Parolen entziffert und in die algebraischen Formeln konkrete Ziffern eingesetzt werden können, die dem Kräfteverhältnis der Klassen des betreffenden Landes und dem betreffenden Stadium seiner revolutionären Entwicklung entsprechen. Die Zusammenfassung der Erfahrung, der Genosse Lenin eine so außerordentlich wichtige Bedeutung beimaß, bildet das charakteristische Kennzeichen der 7. Erweiterten Exekutive der Komintern. Der Erweiterten Exekutive ist es gelungen, diese Arbeit zu leisten, und zwar nicht nur dank der richtigen dialektischen Methode, mit der man an das Studium der Fragen herantrat, nicht nur dank der entschiedenen, von keinen Phrasen des Selbstlobes verblendeten Kritik und Selbstkritik, sondern auch deshalb, weil die Erfahrung des heldenhaften Kampfes der englischen Bergarbeiter und die in voller Entfaltung befindliche nationale Revolution in China die Erfahrung der Kommunistischen Internationale in hohem Grade bereichert hat.

\*

Die Erfahrung unserer englischen Sektion hat vor allem bewiesen, welche ungeheure Erfolge eine zahlenmäßig relativ schwache Kommunistische Partei bei der Führung breiter Massen durch konsequente Anwendung der Einheitsfronttaktik und systematische, beharrliche Arbeit in den Gewerkschaften zu erreichen vermag. Aber indem sie die unbedingte Richtigkeit dieser Formeln bestätigte (obwohl bekanntlich gerade im Zusammenhang mit den englischen Ereignissen die Zweckmäßigkeit dieser Taktik von einigen zu impressionistisch veranlagten Führern der russischen Opposition etwas überstürzt in Zweifel gezogen wurde), hat diese Erfahrung noch schärfer unterstrichen, daß die Wirksamkeit der Einheitsfronttaktik als eines Mittels zum Zusammenschluß der allerbreitesten Schichten der Arbeiter, im Prozeß des Kampfes nicht nur nicht geringer, sondern umgekehrt größer wird durch die entschiedenste und schonungsloseste Kritik an den reformistischen Führern, auch wenn sie den Einfluß auf diese Massen noch behalten haben; zweitens hat die Erfahrung gezeigt, daß die Arbeit zum Ausbau und zur Festigung der Gewerkschaften nicht nur nicht ausschließt, sondern geradezu voraussetzt, daß man die Arbeiter über die politische Bedeutung jeder einzelnen ihrer Aktionen als eines Vorläufers größerer Kämpfe aufklärt, die unter den gegebenen Verhältnissen ihre wirkliche Lösung nur durch den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats finden können.

In der richtigen Kombinierung dieser Elemente bei der Anwendung der

Einheitsfronttaktik, proportioniert entsprechend dem gegebenen Stadium des Kampfes, liegt die Kunst der Klassenstrategie und -taktik, die sich die Partei nur durch die Erfahrung, im Prozeß des revolutionären Massenkampfes, aneignen kann. Im Sinne dieser angehäuften Erfahrung zeigt die Resolution zur englischen Frage in anschaulicher, präziser, praktisch greifbarer Weise, in welchen Fällen es der Partei gelang bzw. nicht restlos gelang, unter Aufrechterhaltung und Erweiterung der Verbindung mit den Massen, gleichzeitig den Kampf der Massen auf die unter den gegebenen Umständen mögliche maximale Höhe der revolutionären Entwicklung zu heben.

Die meisten Fehler, die die Kommunistische Partei Englands (bei einer im wesentlichen richtigen politischen Linie) begangen hat, wurden in der Folge entweder auf Veranlassung der Partei selbst oder durch die kameradschaftliche Kritik und die praktischen Vorschläge des EKKI korrigiert. Aber nichtsdestoweniger konnte gar keine Rede davon sein, daß die Erweiterte Exekutive, die sich die Aufgabe stellte, die Vorbereitungen zu neuen, noch entschlosseneren Kämpfen zu treffen, diese Fehler etwa mit Schweigen übergangen und sie „vertuscht“ hätte, — schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Fehler der Vergangenheit Lehren für die Zukunft sind und die Zukunft noch ernstere und schwerere Kämpfe bringen wird, in denen die Rolle sowie die Verantwortung der Partei und der ganzen Kommunistischen Internationale eine noch größere sein werden. Maximalste organisatorische Festigung der Kommunistischen Partei, der Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften, des linken Flügels in der Labour Party, des Arbeiterselbstschutzes, der Fraktionen in den Genossenschaftsorganisationen, der Kampf für die Verdrängung der reformistischen Führer in allen diesen Organisationen durch revolutionäre Arbeiter — das sind die unaufschiebbaren Tagesaufgaben. Sie sind mit einem Höchstmaß von Erfolg lösbar bei einer richtigen Einschätzung der Perspektive der englischen Revolution, ihrer aufeinanderfolgenden Etappen, des Kräfteverhältnisses der daran beteiligten Klassen, des Kräfteverhältnisses und der Kräfteumgruppierung innerhalb der Arbeiterklasse selbst, bei sorgfältiger Beobachtung aller Manöver im Lager des kapitalistischen Feindes und des reformistischen Gegners bei gleichzeitiger Vervollkommnung der eigenen revolutionären Gegenmanöver. England ist gegenwärtig die vorgeschobene Front des Klassenkampfes: der geringste Erfolg, aber auch der geringste Mißerfolg des Proletariats an diesem Abschnitt werden sich an der ganzen Front des internationalen Kampfes auswirken. Und die Erweiterte Exekutive stellte fest, daß es „ein grober Fehler wäre, das Anglo-Russische Einheitskomitee zu sprengen, da dadurch die Verantwortung für die Sabotage der internationalen Solidaritätskampagne aus Anlaß des englischen Bergarbeiterkampfes von den Schultern der reformistischen Verräter auf die Schultern der Kommunisten abgewälzt werden würde“.

Eine der schwerwiegenden Lehren des großen Kampfes des englischen Proletariats im Jahre 1926 besteht darin, daß es den kommunistischen Sektionen fast nirgends gelungen ist, in mehr oder minder ausreichender Weise die Direktiven der Exekutive zu verwirklichen, die die wirksame internationale Unterstützung des Kampfes der Bergarbeiter forderten. In diesem entscheidenden Moment machte sich besonders scharf das Mißverhältnis

zwischen dem ideologischen und politischen Einfluß der kommunistischen Parteien und der organisatorischen Verankerung dieses Einflusses in den Massenorganisationen der Arbeiter, vor allem in den Gewerkschaften, geltend. In einer Reihe von Reden auf der Erweiterten Exekutive wurde darauf hingewiesen, daß, solange dieses Mißverhältnis nicht überwunden ist, es den kommunistischen Parteien nicht gelingen wird, der Sabotage der Verräter der Zweiten und der Amsterdamer Internationale bei der Durchführung der revolutionären Massenkampagnen entgegenzuwirken. Diese Gefahr verursacht um so größere Besorgnis, als die Arbeiterklasse in einer Reihe von Ländern, und vor allem in England, durch die Bourgeoisie jeden Tag vor die Tatsache eines neuen imperialistischen Krieges, einer neuen Intervention gegen die Sowjetunion oder eines bewaffneten Ueberfalls auf die chinesische Revolution gestellt werden kann. Die Enthüllung dieser drohenden Gefahr sowie die Vorbereitung der Massen zur Umwandlung eines solchen Krieges in den Bürgerkrieg reichte die 7. Erweiterte Exekutive ein unter die Hauptaufgaben der Komintern im gegenwärtigen Moment.

\*

Auf dem 2. Kongreß der Komintern führte Genosse Lenin im Referat im Auftrage der Kommission für Nationalitäten- und Kolonialfragen aus:

„Die Kommunistische Internationale hat die These aufzustellen und theoretisch zu begründen, daß die rückständigen Länder mit Hilfe des Proletariats der fortgeschritteneren Länder zum Sowjetsystem und, über bestimmte Entwicklungsstufen hindurch, unter Vermeidung der kapitalistischen Entwicklungsstadien — zum Kommunismus übergehen können.

Welche Mittel dazu notwendig sind, — das läßt sich nicht vorher sagen. Das wird uns die praktische Erfahrung eingeben.“

Erst die 7. Erweiterte Exekutive ist an die Lösung dieser Aufgabe herangetreten, die noch Genosse Lenin vor der Komintern aufgerollt hat. Das ist natürlich kein Zufall. Genosse Lenin hat in derselben Rede mehrmals darauf verwiesen, daß wir die praktische Erfahrung als Unterlage brauchen, um an diese Frage richtig herantreten zu können („unsere Erfahrung auf diesem Gebiet ist vorerst noch keine sehr große“ — sagte Genosse Lenin. „Vorerst ist unsere allgemeine Erfahrung in dieser Beziehung noch keine besonders große, nach und nach aber werden wir immer mehr Material ansammeln.“) Die chinesische Revolution 1925/26 hat die kommunistische Erfahrung um jenes Material bereichert, von dem Genosse Lenin sprach, und die leitende Instanz der Komintern hat daraus unverzüglich die notwendigen theoretischen und praktischen Schlußfolgerungen gezogen.

Die von der Erweiterten Exekutive auf Grund des Referats des Genossen T a n - P i n g - s c h a n angenommenen Thesen über die Lage in China enthalten nicht nur ein detailliert ausgearbeitetes Aktionsprogramm für die Kommunistische Partei Chinas zur Arbeiter- und Bauernfrage, sondern zeigen auch die allgemeinen Perspektiven der chinesischen Revolution auf, charakterisieren, wie sie von einem Stadium in das andere übergeht, und bestimmen die Verteilung der treibenden Kräfte in den einzelnen Stadien. Die generelle taktische Linie des Proletariats besteht darin, in jedem einzelnen Sta-

dium im Interesse des nationalrevolutionären Kampfes all jene Kräfte auszunützen, die noch fähig sind, eine revolutionäre Rolle zu spielen. Im gegenwärtigen Moment tritt die nationalrevolutionäre Bewegung in China in eine Phase ein, wo die Bourgeoisie ihre verhältnismäßig fortschrittliche Rolle bereits einbüßt und wo nur der Block zwischen Proletariat, Bauernschaft und städtischem Kleinbürgertum zur treibenden Kraft der Revolution wird. Die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik besteht darin, ohne auf die Ausnützung all jener Schichten der Bourgeoisie, die noch fähig sind, wirklich an der nationalrevolutionären Bewegung teilzunehmen, zu verzichten und ohne sie vorzeitig in das Lager der Gegner zu stoßen, dennoch die Unvermeidlichkeit ihres baldigen, wenn auch allmählichen Abfalls von der Revolution im Auge zu behalten. Das bedeutet, daß das Proletariat entschlossen und ohne Schwankungen auf die Entfaltung der Agrarrevolution hinsteuern und sich als Ziel setzen muß, sich an die Spitze der Bauernbewegung zu stellen. Gleichzeitig hat die Erweiterte Exekutive die Befürchtung für unbegründet erklärt, als ob eine Verschärfung des Klassenkampfes auf dem flachen Lande im gegebenen Stadium der Revolution eine Schwächung der antiimperialistischen Einheitsfront verursachen könnte. Im Gegenteil, die Erfahrung der Bauernbewegung in Honan Anfang 1926, die gegen die zweite Volksarmee eine feindselige Haltung einnahm, zeigt, daß der Verzicht darauf, die Forderungen der Bauernschaft in den Mittelpunkt des Programms der nationalen Befreiungsbewegung zu stellen, zum Scheitern der Revolution führen kann.

Die Thesen definieren die zukünftige revolutionäre Macht Chinas als eine antiimperialistische demokratische Diktatur des Proletariats, der Bauernschaft und der anderen ausgebeuteten Klassen. Diese Uebergangsmacht muß durch entsprechende radikale Reformen nach und nach die Nationalisierung des Grund und Bodens, der Eisenbahnen, der Konzessionen, der Fabriken, der Bergwerke, der Banken und Betriebe vornehmen, die dem ausländischen Kapital gehören. Um die Kantoner Regierung der Kuo-Min-Tang auf dieser Bahn des konsequenten revolutionären Kampfes weiterzutreiben, müssen die Kommunisten in diese Regierung eintreten und ihren revolutionären Flügel im Kampfe gegen die schwankenden und rechten Elemente unterstützen. Der Bauernschaft muß die tatsächliche Möglichkeit zum Aufbau von Organen der örtlichen Macht gewährleistet werden. Die Armee muß immer mehr eine Rolle spielen, die sie zu einem der wichtigsten Faktoren macht, die das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft sowie die führende Rolle des Proletariats in diesem Bündnis festigen. Bei der Durchführung dieses Programms muß auf die Notwendigkeit Rücksicht genommen werden, die Kantoner Regierung und die Volksarmee ungeschwächt zu erhalten und ihren Ausbau bzw. ihre Festigung ohne Unterlaß zu fördern. Dadurch wird die Notwendigkeit der schrittweisen Durchführung der Agrarreform innerhalb des Machtbereiches der Kuo-Min-Tang-Regierung bestimmt.

Die Revolution stellt an das junge und zahlenmäßig schwache chinesische Proletariat die Anforderung sowohl zur Durchführung eines sehr komplizierten Manövers gegenüber einer ganzen Welt von imperialistischen

Räubern, als auch zur Leitung aller am nationalrevolutionären Kampf beteiligten Kräfte. Der Erfolg dieses Manövers setzt eine richtige und genaue Berechnung der Kräfte und genaues Klassen-Augenmaß voraus, das die Möglichkeit bietet, einerseits rechtzeitig und ohne Verspätung die Revolution auf eine höhere Stufe hinüberzuleiten, und andererseits vor dem Fehler der künstlichen Forcierung der Revolution, des Ueberspringens unvermeidlicher Zwischenetappen, zu bewahren. Das chinesische Proletariat vermag diese wichtigste Aufgabe, die in der Geschichte nicht ihresgleichen hat, nur zu lösen, wenn er seine zahlenmäßige Schwäche durch die Festigkeit seiner Massenorganisationen wettmacht und sich mit höchstmöglicher Schnelligkeit die Erfahrung des Kampfes des ganzen internationalen Proletariats aneignet. Die wachsende theoretische und organisatorische Festigkeit der Kommunistischen Partei Chinas sowie die unermüdliche aktive Aufmerksamkeit und die vielseitige Unterstützung seitens des internationalen Proletariats sind die unerläßliche Bedingung, damit die nationalrevolutionäre Bewegung in China sich in einer nichtkapitalistischen Entwicklungsweise vollzieht und dadurch dem Imperialismus im Osten ein tödlicher Schlag versetzt wird.

\*

Dasselbe Prinzip der Konkretisierung wurde von der Erweiterten Exekutive bei der Ausarbeitung der Beschlüsse über die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften eingehalten. Ohne bei dieser Frage ausführlich zu verweilen (der Leser findet weiter unten einen speziellen Artikel über dieses Thema), muß hervorgehoben werden, daß in der Resolution zum Bericht über die Tätigkeit der Exekutive vom Plenum die Richtigkeit der Linie des EKKI, die an die Spitze ihrer Arbeit die wichtigste Frage der internationalen und nationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung setzte, bestätigt wurde. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dieser Kampf um die Einheit erfolgreich geführt werden kann nur unter der Bedingung, daß unser Einfluß und die organisatorischen Positionen in der Gewerkschaftsbewegung wachsen werden. Dieses Wachstum erfordert sowohl eine Zunahme der Mitgliederzahl der roten Gewerkschaften als auch eine energischere, beharrlichere und systematischere Arbeit der Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften, eine bessere und elastischere Organisation der kommunistischen Fraktionen, einen festeren Zusammenschluß der unter unserem Einfluß stehenden Gewerkschaftsopposition und schließlich eine weitgehendere Erfassung der Massen durch die linken Strömungen. Der politische Takt der einzelnen Sektionen muß die der gegebenen Situation entsprechende Verteilung der Kräfte und der Aufmerksamkeit auf die einzelnen Zweige der gewerkschaftlichen Arbeit bestimmen, hauptsächlich die Auswahl der geeignetsten Methoden und Mittel für die verschiedenen Formen der Arbeit. Die Erweiterte Exekutive hat vor den Sektionen diese Fragen genügend deutlich, konkret und klar aufgerollt, indem sie auf gewisse Erfolge und Errungenschaften hinwies, aber gleichzeitig auch das Ungenügende dieser Erfolge und die nicht genügende Verankerung dieser Errungenschaften in den einzelnen europäischen Ländern sowie in Amerika feststellte.

\*

Einen krassen Mißklang in die Arbeiten der Erweiterten Exekutive versuchten die Führer der Opposition der KPSU durch ihr Auftreten hineinzutragen. Welches Ziel verfolgten sie? Die Beleuchtung ihrer Ansichten, die von der 15. Konferenz der KPSU einmütig als sozialdemokratische Abweichung verurteilt wurden? Aber an die Delegierten der Erweiterten Exekutive waren doch rechtzeitig „Materialien zur russischen Frage“ in allen Sprachen verteilt, die neben den Reden der Vertreter der Mehrheit auch die Stenogramme der Reden der Genossen Kamenew, Sinowjew und Trotzki auf der 15. Konferenz enthielten. Die Führer der Opposition erklärten ihr parteifeindliches Auftreten auf der Erweiterten Exekutive damit, daß das Zentralkomitee der KPSU es ihnen nicht verboten habe, auf der Erweiterten Exekutive mit einer Darlegung ihrer Anschauungen hervorzutreten. Als vor einem Jahre Genosse Sinowjew auf dem 14. Parteitag der KPSU mit einem Korreferat auftrat, berief er sich gleichfalls auf sein formales Recht und auf den „loyalen Charakter“ dieses Aktes. Die Erfahrung hat jedoch etwas a n d e r e s gelehrt. Die Führer der Opposition mußten am 16. Oktober selbst zugeben, daß sie zu den schärfsten Formen des fraktionellen Kampfes hinabgerutscht waren, die bereits von einer dritten Kraft, d. h. den offenen Feinden der proletarischen Diktatur, ausgenutzt wurde. Genosse Sinowjew hatte also allen Anlaß, größere Vorsicht sich selbst gegenüber wie gegenüber seinen Auftritten zu üben.

Die Redner der Opposition gaben sich Mühe, der Erweiterten Exekutive zu versichern, daß sie keine Appellation bezweckten. Wenn sie damit sagen wollten, daß sie diese Appellation nicht an die Erweiterte Exekutive richteten, dann dürfte diese Behauptung wohl nicht allzusehr von der Wahrheit abweichen: da sie die Möglichkeit hatten, die Beschlüsse der Sektionen und die Arbeiten des Plenums zu verfolgen, so konnten die Oppositionellen nicht im Unklaren darüber sein, daß die verleumderischen Beschuldigungen gegen die KPSU vom Plenum ebenso einmütig zurückgewiesen werden würden, wie es in allen Instanzen der KPSU, von den Betriebszellen angefangen bis zur Reichsparteikonferenz, geschehen ist. Aber bedeutet dies nicht, daß diese Appellation der Opposition gerichtet war, wenn nicht an die Sektionen als Ganzes, so doch an jene oppositionellen opportunistischen Grüppchen, die sich innerhalb der Sektionen befinden, und vielleicht auch an jene, die bereits a u ß e r h a l b derselben stehen? Wenigstens hat Ruth Fischer in der Kommission des EKKI erklärt, daß sie in der „russischen Frage“ voll und ganz den Standpunkt der Leningrader Opposition teile. Natürlich wird auch Maslow, der der Meinung ist, daß es für ihn, unter dem Schutz der preußischen Polizei, ungefährlicher ist, sich in Verleumdungen gegen die Sowjetmacht zu ergehen als Erklärungen vor der Internationalen Kontrollkommission wegen seiner moral-politischen Angriffe abzugeben, ebenfalls in dieser Frage sich dem Standpunkt Ruth Fischers anschließen.

Aber jedes Unglück hat auch etwas Gutes. Das parteifeindliche Auftreten der vereinsamten Führer hat dazu beigetragen, daß die rechte Gefahr in der KPSU eine lebendige Illustration auf der Tribüne erhielt. Die Sitzungen der Erweiterten Exekutive haben sich nicht nur in eine Demonstration der tiefen Solidarität seitens aller Sektionen der Komintern für die KPSU und deren leninistische Führung verwandelt, sie offenbarten auch eine umfassende Vertrautheit der Vertreter aller Parteien mit dem Inhalt der russischen Dis-

kussion und mit deren Zentralfrage nach der Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Vergleicht man die Reden der Vertreter der Sektionen über den Trotzismus auf dem 5. Kongreß der Komintern mit den Reden, die auf der 7. Erweiterten Exekutive über denselben, nur leicht mit der neuen Opposition verbrämten Trotzismus gehalten wurden, so kann man sich überzeugen, wie sehr das theoretische Niveau aller Sektionen der Komintern gewachsen ist, wie sehr die Vertrautheit mit dem Leninismus sich vertieft hat, und bis zu welchem Grade es bereits unmöglich geworden ist, die Kommunisten durch wahllos und schlampig herausgerissene Zitate aus Marx und Lenin einzuschüchtern.

Die neue Opposition stieß bei ihrem Erscheinen in den Betrieben von Moskau und Leningrad, als sie glaubte, die einfachen Parteimitglieder überumpeln und sie mit demagogischen Milliardenversprechungen des Ultra-Wirtschaftlers Sinowjew betäuben zu können, auf einmütigen Widerstand. Und demselben einmütigen Widerstand begegneten sie in der höchsten Instanz des internationalen Kommunismus, auf der 7. Erweiterten Exekutive, als sie den „Ultra-Internationalismus“ des Genossen Trotzki aufstellten mit seiner Prophezeiung von der Unvermeidlichkeit des Aufgehens der Wirtschaft der Sowjetunion in der kapitalistischen Wirtschaft, falls keine schnelle staatliche Hilfe des internationalen Proletariats eintreten sollte. Denn mit keiner ultrarevolutionären Phrase, mit keiner schneidigen Replik konnte man die einfache und ruhige Frage des Genossen Tan-Ping-schan abtun, die dieser an den Genossen Sinowjew richtete, wie er, Sinowjew, mit seinem Anspruch auf 100 prozentigen „Radikalismus“ die chinesische Revolution beglücken will, indem er ihr das legitime Kind des neuen Oppositionsblocks, den Profos Souvarine, zum Geschenk schicken wollte. Genosse Semard hat die allgemeine Stimmung durchaus richtig charakterisiert, als er beim Schließen der Erweiterten Exekutive darauf hinwies, daß die Komintern klar erklärte, und zwar so laut, daß selbst die Schwerhörigen innerhalb der Opposition es hören können, daß die Einheit der KPSU um jeden Preis aufrecht erhalten werden müsse, und daß alle Sektionen der Komintern gegen den oppositionellen Block auf der Seite der KPSU stehen würden, auf der Seite der Einheit der leninistischen Partei und des Sieges der Revolution.

Die 7. Erweiterte Exekutive hat gezeigt, daß alle unsere Sektionen wachsen und sich festigen, daß ihr Einfluß auf die Arbeitermassen sich ausbreitet, daß ihre führende Rolle in den entscheidenden Kämpfen gesichert ist. Angesichts solcher unbestreitbarer Tatsachen erwiesen sich alle panischen Prophezeiungen über die Krise der Komintern, über die Gefahren, die ihrer Einheit drohen, als klägliches zahnloses Gestammel. Die Kommunistische Internationale wächst, festigt sich und wirft die Schale in Gestalt der rechten Renegaten vom Schlage eines Souvarine und eines Wynkoop sowie der ultralinken geheimnisvollen Unbekannten vom Schlage eines Maslow und einer Ruth Fischer beiseite. Die Komintern schreitet entschlossen, unentwegt und zuversichtlich auf dem Wege der Gewinnung der Massen, auf dem Wege des revolutionären Massenkampfes vorwärts — dem Weltoktober entgegen.

---

## MARIO MAGGI: DIE NEUESTEN EREIGNISSE IN ITALIEN

Die letzten Ereignisse in Italien und der neue Kurs, der vom Faschismus seit dem vierten Attentat auf Mussolini (1. November) eingeschlagen wird, verdienen etwas näher betrachtet zu werden, damit man die wirkliche politische und wirtschaftliche Lage in Italien besser verstehen kann, und zwar vom Gesichtspunkt einer Prüfung des wirklichen Inhalts der kapitalistischen Stabilisierung, die mit verzweifelten faschistischen Methoden erreicht worden ist.

Das dritte Attentat am 11. September hatte schon den Faschismus ideologisch zur Entfesselung des Terrors gedrängt. Einzelne Fälle von Prügeleien waren schon vorgekommen, der Duce hatte mit der Todesstrafe gedroht, der extremistische Teil seiner Partei sah die Gelegenheit gekommen, um Revanche zu nehmen (dieser Teil war, geschlagen, bis zum letzten November vom nationalistisch-konservativen Element alt-reaktionärer Rasse unter der Führung des Innenministers Federzoni im Zaum gehalten worden). Die Atmosphäre war schwanger von einer neuen Periode gewaltigen Terrors, der schärfer sein mußte als alle vorhergegangenen Terrorperioden. Das vierte Attentat vom 1. November warf den Funken in das Pulverfaß, das bereit war zum Explodieren.

Bekanntlich wurde beim letzten Attentat der faschistische Avantgardist Zaniboni nicht von der Menge gelyncht, sondern von der Leibwache Mussolinis; von 16 Stößen durchbohrt, war er in einem Zustand, daß er kaum zu erkennen war.

Die Lynchjustiz wurde sogar im Parlament als „summarisches Rechtsverfahren“ gepriesen, das von der „Menge“ ausgeübt worden sei; die Menge habe damit dem Parlament ein Beispiel gegeben und den Weg gezeigt, „der zu verfolgen sei“.

Und dieser Weg wurde vom Faschismus eingeschlagen, und zwar mit Methode, im ganzen Land und mittels einer ganzen, neuen Ausnahmegesetzgebung.

Zuerst der direkt ausgeübte Terror: der „Pogrom“. Faschistische Rollkommandos, nach ihrer Qualität von den obersten faschistischen Instanzen selber zusammengestellt, wie dies schon in einigen faschistischen Blättern bekannt gegeben wurde, gingen auf die Jagd nach den bekanntesten revolutionären Elementen, die man für die gefährlichsten hielt; diese wurden fürchterlich geprügelt und einige getötet. Die genaue Zahl der Toten dieser Tage ist nicht bekannt; sie wird auf wenigstens 100 berechnet.

In einigen Städten Zentral-Italiens, wo der Faschismus seit Jahren unbeschränkt herrscht und wo keine großen Industriearbeitermassen sind, wurden die „Schlächter“ ernannt, und die Exekution der Uebeltäter war begleitet von schauerlichen Zeremonien und Umzügen, bei denen die ganze raffinierte Brutalität des Faschismus zum Ausdruck kam. Die Verwun-

deten und die fürchterlich Mißhandelten zählten in jeder Stadt nach Hunderten. Unter den Toten befanden sich auch einige Faschisten, da es doch an einigen Orten Fälle von Widerstand und persönlicher Verteidigung gab, wobei einige der faschistischen Angreifer getötet wurden. In jeder Stadt gab es außerdem Hunderte und aber Hunderte von zerstörten und verbrannten Häusern und ebenso Tausende von Verhafteten (in Mailand allein etwa 2000, in Rom etwa 500—600 usw.).

Nach zwei oder drei Tagen Pogrom, der von den Führern organisiert und auf Anweisung der obersten faschistischen Hierarchie angeordnet und befohlen war, kamen die gewohnten Communiqués heraus, die „Repressalien verboten“ und die Faschisten zur Disziplin riefen. Das ist der Kniff, dessen man sich immer bedient; dies ist im gewissen Sinne ein Alibi für den Duce und für die Regierung, die damit den Anschein erwecken wollen, der Pogrom sei eine „spontane und unbezähmbare Bewegung der Massen“; gleichzeitig ist es die Rechtfertigung neuer Maßnahmen, mit denen der Terror fortgesetzt werden soll, der damit ein legales Gewand und eine Rechtfertigung erhält, wodurch die illegale Aktion der „rasenden Massen“ überflüssig gemacht und ausgeschaltet werden soll. So begannen die Vorkehrungen und die Ausnahmegesetze, „Ausnahmegesetze“ auch im Vergleich zu allen Unterdrückungsgesetzen, die schon bisher eingeführt waren und die dank ihrer reaktionären Inhalte bisher von den Faschisten selber als „allerfaschistischste Gesetze“ gepriesen worden waren. Diese Gesetze werden nun als unzureichend erachtet: man schafft also andere Ausnahmegesetze „zur Verteidigung des Regimes“. Das Parlament wird auf außerordentlichem Wege einberufen und nimmt mit einem außerordentlichen Verfahren im Verlauf einiger Stunden die von der Regierung vorgeschlagenen „Ausnahmemaßnahmen“ an.

Alle „aventinischen“ antifaschistischen Abgeordneten werden ihrer Eigenschaft als Abgeordnete „enthoben“, mit der Begründung, daß sie mit ihrer „Desertion aus dem Parlament“ das Parlament sabotiert hätten. Eine gleiche Motivierung kann man nicht anwenden gegen die kommunistische Parlamentsfraktion, aber offensichtlich ist diese weit gefährlicher als die antifaschistischen Demokraten und Sozialdemokraten. Die kommunistische Parlamentsfraktion wird darum verboten, „weil ihre Haltung und ihr Kampf den Treueschwur auf König und Verfassung verletzt hat“; jeder Deputierte wird bei seiner Wahl gezwungen, diesen Schwur zu leisten. Für die kommunistischen Abgeordneten gab es natürlich bei ihrer Wahl in dieser Hinsicht keine besondere Behandlung. In der Nacht vor der Eröffnung des Parlaments wurde die kommunistische Parlamentsgruppe unter Mißachtung ihrer parlamentarischen Immunität verhaftet (sie hatte sich in Rom versammelt, um an der Sitzung des letzten Tages teilzunehmen, auf der sie eine Erklärung verlesen wollte, obwohl sie wußte, daß sie von der faschistischen Mehrheit angegriffen, geprügelt und mit Gewalt aus dem Parlament hinausgeworfen werden würde), und die kommunistischen Abgeordneten wurden nach kleinen Inseln oder nach Afrika deportiert. In den Tagesnachrichten — es gibt nur noch faschistische Zeitungen — findet man darüber kein Wort; im Parlamentsbericht heißt es einfach: „die kommunistischen Abgeordneten waren abwesend“.

Zu den Ausnahmemaßnahmen wurde jetzt auch die Deportation hinzu-

gefügt; d. h. das „Zwangsdomizil“ aus politischen Gründen, und zwar in Kolonien, die entweder in Tripolitanien oder auf den kleinsten Inseln liegen. Das Zwangsdomizil hat eine Geschichte in Italien. Die Kämpfe, die vor einigen Jahrzehnten gegen die Einrichtung des „Zwangsdomizils“ für politische Sträflinge geführt wurden, sind der italienischen Arbeiterschaft noch in Erinnerung; es wurde unter dem Ausnahmeregime Crispi eingeführt, und einige unserer alten Revolutionäre lernten es persönlich kennen, z. B. unser Serrati. Das Zwangsdomizil wurde infolge dieser Kampagne unter dem Druck der italienischen Arbeitermassen aufgehoben.

Diese Einrichtung ist also vom faschistischen Regime wieder eingeführt worden, aber während sie unter Crispi nur selten angewandt wurde, wird sie heute in großem Maßstabe und auf einfache Verfügung der Provinzbehörden hin angewandt. So sind bis heute nach offiziellen Angaben 522 Personen deportiert worden, darunter alle kommunistischen Abgeordneten (sie wurden nach Ustica, Farigana und nach Garian in Tripolis verschickt). Auch einige wenige sozialistische und antifaschistische Arbeiterdelegierte wurden verschickt und außerdem die durch ihre revolutionäre Betätigung bekanntesten Genossen und Arbeiter. Den größten Teil bilden Kommunisten und Arbeiter. Ferner ist aufs neue in den italienischen Strafkodez die Todesstrafe eingeführt worden. Die Todesstrafe steht auf Attentate gegen den König oder gegen den Duce und außerdem auf alle Vorbereitungen oder Aufforderung zum bewaffneten Aufstand gegen das Regime. Dank der wörtlichen Formulierung des Gesetzes über die Todesstrafe und angesichts der vorhergegangenen Auslegung und bürgerlich-faschistischen Anwendung dieser Gesetze, und angesichts der Sondergerichte, die diese Gesetze handhaben sollen, ist die Todesstrafe tatsächlich für jedes politische Vergehen gegen den Faschismus verhängt. Sie wird jedoch, wir betonen dies, nur in wenigen Fällen angewandt werden, um zu terrorisieren, als „Exempel“.

Die Anwendung der Todesstrafe gegen die Revolutionäre wird auch weiterhin nach den vom Faschismus bisher angewandten Methoden stattfinden, obwohl jetzt das Gesetz über die Todesstrafe besteht. Auch weiterhin werden die Revolutionäre, die Arbeiter, die Genossen, in nächtlichen Massakern getötet werden, und zwar wird dies in solchen Fällen immer das Werk „Unbekannter“ sein, d. h. faschistischer Rollkommandos, die den Anweisungen von oben gehorchen, wobei nur vermieden werden muß, daß eine offizielle Verantwortung auf das Regime oder auf die faschistische Partei fällt. So ist es bequemer für den Duce und für den Faschismus; mit der öffentlichen und offiziellen Anwendung der Todesstrafe müßte der Duce die Verantwortung für den Mord tragen, und die Gestalt des Hingetrichteten, des Opfers, würde stärker hervortreten und propagandistisch stärker wirken.

Der Faschismus und seine Führer, die alle Merkmale und Defekte ihrer ursprünglichen Klasse, der Kleinbourgeoisie an sich haben, vermieden es, trotz ihrer Posen und Maskeraden und ihres zur Schau getragenen Mutes, immer ängstlich, direkt die Verantwortung für ihre Verbrechen zu übernehmen (sie bemäntelten dies mit den Notwendigkeiten und Methoden des Kampfes). Es wurden „Sondergerichte“ eingeführt, die aus Offizieren der faschistischen

Miliz bestehen. Außerdem wurden noch viele Polizeimaßnahmen gegen die Kommunisten ergriffen; darunter z. B. schwere Strafen für jeden, der heimlich die Grenze zu überschreiten sucht, ferner die „Ueberwachung“ der kommunistischen und revolutionären Arbeiter, eine Methode, die bisher gegenüber schweren und gemeinen Verbrechen, die rückfällig wurden, angewandt wurde. „Gefährliche und verdächtige Personen“ müssen nach den neuen Polizeivorschriften eine Identitätskarte mit Photographie und Fingerabdruck besitzen; die Identitätskarte signalisiert jedem Polizeiagenten oder Faschisten die Person „als gefährlich und verdächtig“, gegen sie ist also jede Niedertracht und Mißhandlung erlaubt und berechtigt.

Parallel zu dieser politischen Unterdrückung entwickelt die faschistische Regierung ihre Wirtschaftspolitik, die auf Wiederherstellung der Valuta der Lira abzielt, ebenso wird die Entwicklung der Großindustrie angestrebt auf Kosten der Kleinindustrie, des Kleinbürgertums und des Proletariats.

Bekanntlich war die Stabilisierung des Kapitalismus in Italien durch Ueberwindung der Industriekrise von 1921, auf Kosten des Proletariats durchgeführt worden, mit Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und verschärfter Ausbeutung der Arbeitskraft.

Aber im Frühjahr dieses Jahres hatten sich Symptome einer neuen, sehr schweren Wirtschaftskrise gezeigt. Der Kredit wurde eingeschränkt, und daraus ergaben sich gewaltige Schwierigkeiten, Kapital zu finden; davon wurde hauptsächlich die Kleinindustrie betroffen; viele Banken, hauptsächlich landwirtschaftliche, verkrachten; die Krise dehnte sich auch auf die stärksten Industrien aus, zum Beispiel auch auf die Automobil- und Textilindustrie, in welchen viele Fabriken nur einige Tage in der Woche arbeiteten; es ist eine Verschärfung der Krise vorauszusehen infolge der Lira-Stabilisierungspolitik; der Staatssekretär für Außenpolitik, Grandi, eine der faschistischen „Persönlichkeiten“, sagt eine gewaltige Arbeitslosigkeit voraus mit bis zu einer Million Arbeitsloser; das ist der Rahmen der wirtschaftlichen Situation Italiens.

Große Industrien, darunter auch solche, die man bisher für die stärksten gehalten hatte, waren vom Zusammenbruch bedroht. Im Novemberbericht der „Snia Viscosa“, Kunstseide, heißt es, daß im März die Preise bei einigen Produkten gewaltig sanken, so daß ein Verlust von über 50 Prozent eintrat. Der Bericht fügt hinzu: Die heftige Krise war nicht durch eine Ueberproduktion verursacht infolge übermäßiger Produktionsanlagen. Sie hatte ihren Ursprung in der heftigen Textilkrise dieser Zeit, wozu noch das fortwährende und starke Sinken der Rohstoffpreise für Wolle, Baumwolle kommt, ferner war sie verursacht durch den englischen Bergarbeiterstreik; diese beiden Ursachen des wirtschaftlichen Zerfalls führten zu einem Aktiensturz; die Aktien verloren 60 Prozent ihres Nominalwertes und es gab keinen anderen Ausweg, als im Einverständnis mit der Regierung Hilfe bei dem ausländischen Kapital zu suchen. Aehnliche Schlüsse dürfen hinsichtlich aller anderen italienischen Hauptindustrien gezogen werden (Automobil- und Maschinenindustrie usw.).

Gegenüber diesen Gefahren verfolgt die faschistische Regierung eine Politik der stärkeren Konzentrierung und Kontrolle auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie hat auf finanziellem Gebiet die Führung in der „Banca d'Italia“

konzentriert, indem sie dieser Bank allein das Notenemissionsrecht gelassen hat (dieses Recht hatten bis jetzt auch die Bank von Neapel und die Bank von Sizilien); die Regierung strebt hartnäckig nach einer Revalorisierung der Lira; zu diesem Zweck werden alle 90 Millionen Dollar der Morgananleihe verwendet und außerdem alles, was man überhaupt von den Krediten aus Amerika noch zusammenraffen kann; die Regierung sucht mit allen Mitteln den Goldbestand zu erhöhen (Konsolidierung der Schatzscheine auf kurze Sicht, garantiert vom „Littorio“); damit will die Regierung dem Eindringen des amerikanischen Kapitals in diese Industrien entgegenwirken, die Hauptindustrien retten und dieselben unter ihre eigene Kontrolle bringen. Auf diese Art und Weise will sie ihre politische Basis im Lager der Großbourgeoisie verstärken, denn diese Basis war bisher nicht immer fest und sicher.

Aber eine solche Wirtschaftspolitik, die heute offensichtlich einige der von der faschistischen Regierung erstrebten Resultate erzielen kann, führt zu einer neuen Verschlechterung der Existenzbedingungen für die Arbeiterschaft, die nur dank der Terroratmosphäre, die seit dem November in ganz Italien verbreitet wurde, widerstandslos durchgeführt werden kann. Aber außerdem führt diese Politik zu einer stärkeren Verschärfung der Konflikte im bürgerlichen Lager selber, vor allem verschärft sich der Konflikt zwischen Groß- und Kleinbourgeoisie; die politische Auswirkung davon ist eine Verschärfung der Konflikte zwischen den verschiedenen Strömungen und zwischen den verschiedenen sozialen Schichten im faschistischen Lager selber.

Die Kleinindustrie und die Kleinbourgeoisie werden schwer betroffen von der Konversion der Schatzscheine auf kurze Sicht. (Auch durch die Tatsache der daraus sich ergebenden tatsächlichen Verringerung des Geldumlaufs und des Kredits.) Die ganze Wirtschaftspolitik der Regierung begünstigt die Großindustrie. Außerdem wird der schon scharfe Konflikt zwischen der Großbourgeoisie und dem Großbesitz einerseits und der agrarischen Kleinbourgeoisie andererseits noch verschärft. Man darf nicht vergessen, daß die kleine Agrarbourgeoisie die Hauptmasse des Faschismus gebildet hat, die sogar die politische Krise, von der 1924 die städtische Kleinbourgeoisie nach der Ermordung Matteottis erschüttert wurde, überstanden hat.

Diese Konflikte zwischen den verschiedenen sozialen Schichten, die im Innern des Faschismus selber sich abspielen, erhalten verschiedene politische Schattierungen durch die Kämpfe zwischen den konservativen Nationalfaschisten einerseits (Federzoni) und zwischen den Extremisten andererseits (Farinaci); ferner durch die Kämpfe zwischen der politischen Parteihierarchie und dem faschistischen Syndikalismus; durch die Kämpfe der faschistischen Stoßtruppen (Dumini usw.) gegen den Duce selber usw.

Die Person des letzten Attentäters auf Mussolini ist ein Beweis dafür, wie weit diese Konflikte im faschistischen Lager schon gediehen sind. Der extremistische Teil benützte das Attentat, um sich dem Duce aufzudrängen, wie dies auch schon andere Male, z. B. am 3. Januar 1925, vorgekommen ist; dieser Teil erledigte den Innenminister Federzoni, erhielt freie Hand für die Pogrome und führte die Ausnahmegesetze zur Verteidigung des Regimes

ein. Damit versuchte der Duce den hauptsächlich aus Kleinbürgern bestehenden extremistischen Teil der Faschisten, der eine ständige Bedrohung bildete, zu beruhigen und wieder für sich zu gewinnen, sowie die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, die, den Zerfall des Faschismus und seine Konflikte ausnützend, wieder das Haupt zu erheben und sich zu reorganisieren beginnt. Vor allen Dingen versuchte der Duce, die Kommunistische Partei zu zertrümmern und zu vernichten, weil diese allein eine stark organisierte und kampfbereite proletarische Partei darstellt, die gerade deshalb für den Faschismus in einem politisch kritischen Augenblick eine schwere politische Gefahr bedeutet, weil sie die einzige Partei ist, die imstande ist, die Massen wieder zu sammeln und zu führen.

Es entsteht die Frage: wird die faschistische Regierung, mit ihren neuen Maßnahmen, mit ihrer neuen Politik des Terrors und der Konzentrierung der Kontrolle über die italienischen Wirtschaftskräfte, bei ihrem Versuch einer kapitalistischen Stabilisierung, aus der eine politische Stabilisierung folgen sollte, Erfolg haben? Jedenfalls macht sie mit allen Kräften Anstrengungen, die neuen politischen Unterdrückungsmethoden durchzuführen; sie spielt ihre letzte Karte aus zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise, aber die Ursachen der wirtschaftlichen Störungen und die inneren Konflikte dauern an; und es wird ihr sehr schwer fallen, dieselben zu beseitigen. Die neue faschistische Gruppierung bei der neuen Offensive kann nur die inneren Konflikte überkleistern und zurückhalten; aber sie werden fürchterlich ausbrechen, und immer tiefer wird die Kluft zwischen Großbourgeoisie und Kleinbourgeoisie werden. Dies gefährdet das Bestehen und das Wesen des Faschismus selber, d. h. die Allianz zwischen der Kleinbourgeoisie (die die Masse bildet) und der Großbourgeoisie (die die Richtlinien gibt und die politischen Ziele weist); diese Schichten waren bis jetzt vereinigt im Kampf gegen die Gefahr einer proletarischen Revolution.

Obwohl der Schein dagegen spricht, ist doch die Stabilisierung sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet äußerst unstabil. Und gerade die Mittel, die zur Verteidigung angewendet werden, zeigen, daß die Grundlage des Kapitalismus und des Faschismus in Italien alles andere als stabil und sicher ist.

Dezember 1926

## TURJAN:

### DER PROZESS DER 151 IN WLADIMIR-WOLHYSK

Am 15. November d. J. hat in Wladimir-Wolhynsk (West-Ukraina) der Prozeß gegen die 151 Arbeiter und Bauern begonnen, die des Hochverrats wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei der West-Ukraina beschuldigt werden. Es ist das der größte politische Massenprozeß, den Polen seit seiner „unabhängigen“ Existenz überhaupt kennt.

Im Zusammenhang mit diesem Ereignis wurde über das abgelegene Pro-

vinznest in Wolhynien der Belagerungszustand verhängt. Straßen und Umgebung sind voll von Polizei aller Gattungen: Polizei zu Pferde und zu Fuß, öffentliche und Geheimpolizei. Gleichzeitig sind Truppenabteilungen als Verstärkung eingetroffen. An den Staatsgebäuden sind Maschinengewehre aufgestellt. Mit einem Wort: es wurde alles das aufgeboten, worauf allein die bürgerliche und Schlachtschützenmacht in diesen unruhigen Gebieten der westlichen Ukraina und des westlichen Weißrußland beruht.

Der Prozeß findet in dem Gebäude der faschistischen polnischen Organisation, der sogenannten „Mazescha Polska“, statt. Vor 10 Jahren war in eben demselben Gebäude die Teestube der russischen Schwarze-Hundert-Organisation — des „Verbandes des russischen Volkes“ untergebracht. Der Zufall wollte es, daß der Prozeß ausgerechnet in denselben Räumen stattfindet, wo sich einst die zaristische Organisation befand und wo sich heute die „demokratische“ polnische Organisation zur gewaltsamen Niederhaltung der örtlichen ukrainischen Bevölkerung befindet, ein Umstand, aus dem seinerseits hervorgeht, daß sich in diesen Landgebieten seit dem Sturz des Zarenthrones und durch das Erscheinen der polnischen Republik absolut nichts geändert hat. Und in der Tat: an die Stelle der früheren „Verbände des russischen Volkes“ traten reaktionäre polnische Organisationen von der Art der „Mazescha“, der polnischen „Straza“ u. ä. m. Die Rolle der früheren Purischkewitsche und Sawinkows spielen heute die Grabski, Pruschinski, Sobinski. An die Stelle der zaristischen „Ochraha“ ist die „Defensive“ getreten, die das Bluthandwerk nicht weniger gut versteht, deren „beste“ Vertreter, wie Snarski, der Nachfolger des Lemberger Henkers Kaidan, und ein gewisser Mitlehner, zum Prozeß in Wladimir als „Sachverständige“ in Fragen der Niederschlagung der revolutionären Bewegung geladen sind. An Stelle der ehemaligen Agenten des Zarismus — des „hochwürdigen“ Eulogius und der ganzen Armee orthodoxer Pfaffen — sind jetzt schlauere, geschmeidigere und diszipliniertere Parasiten — die katholischen Jesuiten getreten. Mit einem Wort: das alte zaristische Rußland der Willkür und der Gewalt, das durch die Oktoberrevolution auf dem Gebiete der jetzigen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgerottet wurde, ist hier in seinem vollen Umfang, unter der Maske der demokratischen „polnischen Republik“ und ihrer auf dem Papier stehenden Verfassung erhalten geblieben. Aus dem unterirdischen Leben dieser „demokratischen“ Republik Polen ist denn auch der heutige Prozeß der 151 hervorgewachsen.

Wir wollen in die Details des Prozesses nicht eindringen. Es sei nur festgestellt, daß die Anklageschrift gegen die westukrainischen Revolutionäre auf einem ebensolchen „Beweis“material aufgebaut ist wie alle übrigen derartigen Anklagen der Justiz der polnischen Bourgeoisie und der polnischen Schlachta. Dieselbe Terrorisierung der Zeugen durch mittelalterliche Foltern, dieselbe Auswahl der Zeugen aus dem Lager der offenen und geheimen „Defensive“, dieselbe Provokation und dieselben Lügen. Man hat die Legende erfunden, die Kommunistische Partei der westlichen Ukraina habe auf dem Gebiet Wolhyniens terroristische Organisationen geschaffen, deren Mitglieder auf Messer und Bombe vereidigt würden. Diese Organisationen sollen nun einen Aufstand, die Losreißung Wolhyniens von Polen und ihren Anschluß an die Sowjetukraina vorbereitet haben.

So sehr sich die Organe der Staatsgewalt der Bourgeoisie und des Adels

in Polen bemühen mögen, die öffentliche Meinung durch Provokationen zu betrügen — die Tatsache bleibt dennoch bestehen, daß der Boden, der den Prozeß der 151 hervorgebracht, nicht die vermeintlichen aufständischen Organisationen sind, die angeblich von der Kommunistischen Partei der Westukraina geschaffen sein sollen, sondern die Politik der wirtschaftlichen und kulturellen Unterdrückung, die durch das bürgerlich-schlachtschützische Polen gegenüber der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung praktiziert wird. Entsprechend den Grundsätzen dieser Politik wurden in der westlichen Ukraine ungefähr 445 000 Hektar Land an die Kolonisten und militärischen Ansiedler abgetreten, trotzdem die ukrainische Bauernschaft vom Landhunger gewürgt wird. Die ukrainische Bevölkerung hat unglaubliche Steuerlasten zu tragen, die 1925, laut der Erklärung des Exministers Michailski, in der westlichen Ukraina dreimal größer waren als im Stamm-polen. Um nichts besser ist auch die Lage auf dem national-kulturellen Gebiete. Seit der Durchführung der bekannten „liberalen“ Gesetze von St. Grabski und Thugut hat Polen 2166 ukrainische Schulen vernichtet, so daß in Wolhynien (was übrigens selbst das Organ der PPS, der „Rabotnik“, bestätigen muß) nicht eine einzige ukrainische Schule mehr vorhanden ist, während es 1923 noch 421 solcher Schulen gab. Eine ähnliche Erscheinung beobachten wir auch im westlichen Weißrußland.

Auf dem Boden dieser Ausbeutung und der Klassen- und nationalen Unterdrückung mußte natürlich die Unzufriedenheit der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung der westlichen Ukraine sowie des westlichen Weißrußland immer mehr wachsen. Und als im Zusammenhang mit den Stabilisierungsexperimenten St. Grabskis die Steuerlast den Höhepunkt erreichte, als sich vor der Bevölkerung der westlichen Ukraina (hauptsächlich im Karpathengebiet) das drohende Gespenst des Hungers erhob, überstieg die Unzufriedenheit der breiten werktätigen Massen die Grenze der Geduld. Seit dem Frühjahr 1925 kommt es in der westlichen Ukraina (in Wolhynien) sowie im westlichen Weißrußland fortwährend zu Bauernunruhen, die spontan um sich greifen und stellenweise in einen regelrechten Partisanenkrieg umschlagen.

Die Kommunistische Partei der westlichen Ukraina konnte nicht anders, als sich auf die Seite der sich ihrer Haut wehrenden Bauern zu stellen. Die 1925 aufgeflammete Bauernbewegung war eine revolutionäre Bewegung, war eine Bewegung des Verbündeten des Proletariats. Die Kommunistische Partei wandte sich an die breiten Bauernmassen mit ihren Parolen, aber nicht dazu, um die revolutionäre Energie des flachen Landes zu ersticken, sondern um sie zu stählen, um sie aufzusparen und zu sammeln für einen günstigeren Zeitpunkt. Sie klärte die Bauernmassen darüber auf, daß der Weg zum Siege nicht über den individuellen Terror und über den isolierten Kampf des Dorfes führt, sondern daß nur der bewaffnete Massenaufstand, nur der gemeinsame Kampf der ukrainischen und weißrussischen Bauern mit dem Proletariat ganz Polens, nur der Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Polen zum Siege zu führen vermag. Die Partei ließ die Bauernmassen nicht im Stich, als sie sich mit entblößter Brust der polnischen Bourgeoisie und ihrer Feudalgewalt entgegenwarfen, hinter deren Rücken die ganze kapitalistische Welt stand; sie tritt auch heute, im Prozeß in Wladimir, als die wahre Vorhut der Unterdrückten auf.

Der Prozeß der 151 ukrainischen Revolutionäre ist eine der zahlreichen Äußerungen des weißen Terrors, den das faschistische Polen Pilsudskis heute in weit stärkerem Maße gegen die Arbeiter und Bauern anwendet. Unlängst wurde in Tarnopol der Genosse Bily deshalb zum Tode verurteilt, weil er Mitglied der Kommunistischen Partei der westlichen Ukraine ist; vor kurzem wurden 12 Zwergbauern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei der westlichen Ukraine unter Anklage gestellt und verurteilt. Gegenwärtig, wo der Prozeß der 151 noch nicht zu Ende ist, wird hinter den Mauern der „Defensive“ bereits eine neue Provokation und ein neuer Prozeß gegen 163 Bauern vorbereitet, durch den die faschistische Regierung Pilsudskis die kommunistischen Sejmabgeordneten zu provozieren trachtet. In Bälde soll auch ein Prozeß gegen 43 Arbeiter stattfinden, die wegen der Beteiligung an der Demonstration der Arbeitslosen in Stryj, die bekanntlich einen blutigen Verlauf nahm, angeklagt werden.

Derartige Repressalien und ein derartiger Terror, wie er gegenwärtig unter der faschistischen Diktatur Pilsudskis in der westlichen Ukraine zur Anwendung gelangt, waren noch nicht da. Das ist auch begreiflich. Das Ziel, das Marschall Pilsudski anstrebt, ist das „Großpolen“ aus der Zeit der Jagellonen. Da aber die Erreichung dieses Zieles zum Kriege gegen die Sowjetunion führt, so ist es klar, daß er sich für den Fall dieses Krieges den Rücken freihalten muß, daß er jegliche Äußerung einer revolutionären Bewegung der Arbeiter, der Bauern und der unterdrückten Nationen niederhalten muß.

Das ist denn auch die Arbeit, die von der jetzigen Regierung der faschistischen Diktatur geleistet wird. Diese Regierung zertrümmert sämtliche revolutionären Arbeiter- und Bauernorganisationen. Durch einen besonderen Erlaß knebelt sie jedes revolutionäre Wort. Sie liquidiert alle früheren Erregenschaften der Arbeiterklasse und zwingt sie in eine unerhörte Ausbeutung. Durch ihre Politik auf dem Dorfe zerstreut sie, gestützt auf die Großgrundbesitzer und die Großbauern, jegliche Illusion über die Durchführung einer Agrarreform, die irgendwie der ausgebeuteten Mehrheit der Bauernschaft entgegenkommen würde. Sie verhandelt mit den kleinbürgerlichen Spitzen der ukrainischen und weißrussischen nationalen Minderheiten, um diese für ihre eigenen Annektions- und Föderationspläne im Kampfe gegen die Sowjetunion zu benutzen.

Man kann nicht sagen, daß diese Politik, die die Spitzen der ukrainischen und weißrussischen Kleinbourgeoisie für Pilsudski gewinnen soll, nicht gewisse Erfolge gezeitigt hätte. Der letzte Kongreß der Undo (Ukrainische Nationale Demokratische Vereinigung), der vor kurzem in Lemberg stattgefunden hat, zeigt uns klar, daß die ukrainischen kleinbürgerlichen Patrioten bereit sind, jedes gegen die Sowjetunion gerichtete Abenteuer zu unterstützen. Aber das ist das einzige, womit sich Marschall Pilsudski zu trösten vermag. Außer diesen Petljura-Leuten der Ukrainischen Nationalen Demokratischen Vereinigung hat er keine Verbündeten. Er kann jenen Teil der ukrainischen Nation gewinnen, der durch die Pfaffen, die Handelsbourgeoisie und die Petljura-Intelligenz vertreten ist, er wird aber nicht im geringsten die Sympathien der nationalen ukrainischen Arbeiter und Bauern gewinnen. Dieser zweite Teil der Nation hat unter der Führung der KP der westlichen Ukraine den schonungslosen Kampf gegen die polnische und ukrainische Bourgeoisie aufgenommen, die ihrerseits wiederum alle des

„Hochverrats“ anklagt und nun gegen die besten Vertreter unter ihnen den Prozeß der 151 durchführt.

Der Prozeß der 151 in Wladimir wird in der Geschichte der revolutionären Bewegung der westlichen Ukraine — in der Geschichte der Kommunistischen Partei der westlichen Ukraine — zweifelsohne ungeheure Bedeutung haben. Wir fühlen uns unwillkürlich veranlaßt, einen Blick auf die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart der Kommunistischen Partei der westlichen Ukraine zu werfen. Als 1921 der sogenannte Jura-Prozeß (die Bezeichnung stammt von dem Dom des „heiligen“ Jura in Lemberg, wo der erste illegale Parteitag der KP der westlichen Ukraine stattfand, den die Polizei aushob) gegen die Teilnehmer dieses I. Parteitages stattfand, da hatten wir lediglich eine kleine Gruppe kühner Anhänger, die durch ihre unermüdliche Arbeit und ihren Kampf das Fundament gelegt hatten für eine Kommunistische Partei, die fähig ist, den revolutionären Kampf der werktätigen Massen der westlichen Ukraina zu führen. Seither sind wenige Jahre vergangen, und doch haben sie durchaus genügt, um die KP der westlichen Ukraina, trotz des brutalen Terrors, zu einem erstklassigen politischen Faktor auf ihrem Gebiet und zu einer aktiven Massenpartei werden zu lassen. Aber das ist noch nicht alles. In dieser kurzen Zeit hat es die KP der westlichen Ukraine verstanden, nicht nur unter den Bauernmassen Wurzeln zu schlagen, sondern sie hat auch eine breite proletarische Basis gewonnen. Sie hat erfolgreich eine ganze Reihe von Arbeiteraktionen in den Jahren 1924/25 durchgeführt (die Wahlen zu den Krankenkassen), sie führte die Arbeitslosen in Stryj auf die Straße, wobei es zu den „Lenaereignissen“ der westlichen Ukraine kam — und leitet heute, während wir diese Zeilen schreiben, den Generalstreik der Arbeiter der Holzverarbeitungsindustrie und den Streik der Arbeiter an den Petroleumquellen. Und gerade diese Tatsache, daß es die KP der westlichen Ukraine verstanden hat, sich auf das Proletariats zu stützen und zum Hegemon des Kampfes der unterdrückten Massen zu werden, ist der beste Beweis dafür, daß sie und nur sie Rückhalt in ihren eigenen Kräften besitzt, daß sie nicht zulassen wird, daß das Proletariat von seinem Verbündeten, der Bauernschaft, durch die Konterrevolution der Ukrainischen Nationaldemokratischen Vereinigung losgetrennt wird, und daß sie zusammen mit der ganzen Partei die unterdrückten Massen zum Kampfe um ihre wirkliche soziale und nationale Befreiung führen wird. Der Prozeß der 151 in Wolhynsk ist eine kraftvolle Bestätigung hierfür.

ERNST MEYER:

## ZUR GESCHICHTE DER KPD

(Zum Jahrestag der Gründung der KPD am 30. Dezember 1918)

Die KPD wurde als „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ am 30. Dezember 1918 zu Berlin gegründet. Aber diesem formellen Gründungsakt ging bereits eine jahrelange intensive Tätigkeit des Spartakusbundes voraus, der an jenem Tage nur einen neuen Namen annahm.

Der Spartakusbund entstand ideologisch bereits in den ersten Tagen des

August 1914, als sich innerhalb der Sozialdemokratie unter der Führung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Julian Marchlewsky (Karski), Clara Zetkin u. a. eine Opposition gegen die Kriegskreditbewilligung und Burgfriedenspolitik der SPD sammelte. Diese Opposition war selbst wieder die unmittelbare Fortsetzung jenes radikalen Flügels, der schon in der Vorkriegszeit gegen den Bernsteinischen Revisionismus und gegen Kautskys Opportunismus kämpfte. Im Kriege verschärften sich die Gegensätze zwischen den drei schon in der Vorkriegszeit bestehenden Gruppierungen (Revisionisten, Zentrum und Radikale). Die Rechte unterstützte, geführt durch die Mehrheit des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschlands. Das „Zentrum“ um Kautsky und Hugo Haase war im wesentlichen pazifistisch orientiert und schritt nur gezwungen durch die Spaltungspolitik des Parteivorstandes zur Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands“ am 6. April 1917 in Gotha. Der linke Flügel der USPD trat dagegen vom ersten Kriegstage an scharf gegen die Kreditbewilliger auf und forderte die Durchführung der Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912), die besagen, daß die Sozialdemokratie aller Länder nach Ausbruch des Krieges mit allen Mitteln für den Frieden wirken und die durch den Krieg geschaffene Krise zum Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ausnutzen muß.

In den Massen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft fand der radikale Flügel trotz doppelter Zensur durch Militärbehörden und sozialdemokratischen Parteivorstand sehr rasch zahlreichen Anhang. Schon im Herbst 1914 entschieden sich große Wahlkreis-Organisationen der SPD, darunter mehrere Groß-Berlins, für die Opposition. Den breitesten Kreisen des In- und Auslandes wurde diese kriegsfeindliche Haltung der Opposition bekannt durch die Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914.

Schon von den Augusttagen 1914 an hatte die Opposition durch Verbreitung von informatorischen Rundschreiben für sich zu werben begonnen. Seit dem Winter 1914/15 gab die Gruppe in rascher Folge auch illegal gedruckte Flugblätter und Flugschriften an die Arbeiterschaft heraus. Außerdem war als geistiger Mittelpunkt für die entschiedene Opposition die von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebene Zeitschrift „Die Internationale“ gedacht, von der während der Kriegszeit aber nur Heft 1 im April 1915 erschien.

Die „Gruppe Internationale“, wie sie sich nach der Zeitschrift nannte, organisierte bereits im Frühjahr 1915, selbstverständlich wiederum gegen den Willen der Parteiinstanzen, Straßendemonstrationen für den Frieden. Um ihre Kraft gegenüber dem Parteivorstand zu messen, richtete sie am 9. Juni 1915 einen Offenen Brief an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion, worin ultimativ gefordert wurde, den „Burgfrieden aufzusagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden zu eröffnen“. Dieser Offene Brief, der im Schlußsatz die Spaltung der Partei androhte, falls der Parteivorstand die Politik des 4. August fortsetzen werde, wurde von rund 1000 Funktionären (Sekretären,

Redakteuren und sonstigen Vertrauensleuten) der SPD und der Gewerkschaften unterschrieben. Da der sozialdemokratische Parteivorstand auf diesen Brief nur mit Bannflüchen gegen die Opposition antwortete, schloß sich die Opposition um so fester zusammen.

Zur Unterzeichnung des Protestbriefes vom 9. Juni hatten sich auch Anhänger des „Zentrums“ bereit gefunden. Die gemeinsamen Zusammenkünfte der Unterzeichner dieses Briefes rissen indessen immer stärker die Gegensätze zwischen den Anhängern Liebknechts, der offen im Plenum des Reichstags gegen die Kriegskredite stimmte, und den Anhängern Haases und Ledebours, die nur im Fraktionszimmer dagegen stimmten, auf. Die Gruppe Liebknecht verzichtete daher auch zur Zeit der gemeinsamen Besprechungen mit den Anhängern Ledebours niemals auf ihre eigene illegale Organisation. Auf der ersten internationalen Konferenz in Zimmerwald im September 1915 standen sich Ledebour und Adolph Hoffmann, die jede formelle Verpflichtung zur Ablehnung der Kriegskredite durch eine internationale Konferenz ablehnten, und die Vertreter der „Gruppe Internationale“, die mit der Mehrheit der Konferenz jene Verpflichtung forderten, scharf gegenüber. Zwar stimmte Ledebour mit seinen Freunden im Dezember 1915 unter Abgabe einer von Fritz Geyer verlesenen Erklärung endlich offen im Reichstage gegen die Kriegskredite, aber dieser Akt trug nur zur weiteren Verschärfung der Gegensätze mit der „Gruppe Internationale“ bei, da diese Erklärung grundsätzlich auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung stand.

Am 1. Januar 1916 hielt die „Gruppe Internationale“ zum ersten Mal eine größere Reichskonferenz ab. Diese Konferenz nahm als Plattform für ihre weitere Tätigkeit Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie an, in denen sie die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg und die Gründung einer neuen (III.) Internationale verlangte, da mit dem 4. August 1914 auch die II. Internationale zusammengebrochen war.

Ein paar Wochen später begann die „Gruppe Internationale“ die Herausgabe eines neuen illegalen Informationsmaterials unter dem Pseudonym „Spartakus“. Die eindringliche und scharfe Sprache der Spartakus-Briefe machte sie so populär, daß diese Briefe zum Symbol der Gruppe wurden, die fortan von Freund und Feind als Spartakusgruppe bezeichnet wurde. Die Anhänger Ledebours aber nahmen die Herausgabe dieser Briefe, die Annahme der Leitsätze (abgedruckt auch als Anhang in der illegal Frühjahr 1916 erschienenen Broschüre Rosa Luxemburgs unter dem Pseudonym „Junius“, „Die Krise der Sozialdemokratie“) und die Januar-Konferenz, die selbständig und unabhängig von ihnen vorgenommen wurde, zum formellen Anlaß, ihrerseits jede organisatorische Beziehung zur Spartakusgruppe zu lösen. Die wirklichen Gründe für den Bruch waren politische Gegensätze. So polemisierten Ledebour und Hoffmann in Flugblättern gegen die Forderung der „Leitsätze“ auf Neugründung einer straff zentralisierten III. Internationale. Die beiden am meisten angefochtenen Leitsätze benutzte daraufhin die Spartakusgruppe gerade zur Kennzeichnung ihrer Publikationen, und seit Frühjahr 1916 trugen fast alle illegalen Flugschriften des Spartakusbundes folgendes Motto:

- „3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats . . .  
 4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran . . .  
 (Leitsätze.)“

Auch als die parlamentarische Opposition um Ledebour am 24. März 1916 im Reichstage mit einer Rede gegen die Kriegspolitik auftrat, was zur Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und zur Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (späteren USPD) führte, wurden die Gegensätze zwischen ihr und der Spartakusgruppe keineswegs geringer. Die entscheidenden Differenzpunkte waren: der Mangel an genügend klarer Abgrenzung der Arbeitsgemeinschaft von der sozialdemokratischen Politik, die Furcht vor einem entschlossenen Auftreten gegenüber der SPD und der daraus folgenden organisatorischen Spaltung der SPD, die Ablehnung der vom Spartakusbund vorgeschlagenen Beitragssperre und selbständiger Aktionen der Arbeiterschaft (Demonstrationen), schließlich der von der Spartakusgruppe geforderte straffe Aufbau der neuen Internationale.

So sehr der Spartakusbund in der Kritik an der Arbeitsgemeinschaft recht hatte — fehlte es ihm doch in entscheidenden organisatorischen und politischen Fragen an der notwendigen Festigkeit und Klarheit. Das äußerte sich u. a. darin, daß der Spartakusbund der von Lenin gebildeten Fraktion der „Zimmerwalder Linken“ fernblieb, ja gelegentlich gegen sie polemisierte, und in der Frage der Spaltung von der SPD eine zu zögernde Haltung einnahm. Diese Fehler fanden auch ihren Niederschlag in der Junius-Broschüre, die von Lenin einer in allen Punkten zutreffenden Kritik (vgl. „gegen den Strom“) unterzogen wurde. Aus der falschen Stellung der Junius-Broschüre zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, zu der Möglichkeit nationaler Kriege usw. resultieren auch die unberechtigten Angriffe der Spartakusbriefe gegen die National- und Agrarpolitik der Bolschewiki nach Eroberung der Macht.

Gelegentlich kam es noch zu gemeinsamen Besprechungen der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe, so bei der Vorbereitung des Proteststreiks anlässlich des Zuchthausurteils gegen Liebknecht, der bei der Demonstration am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin verhaftet worden war. Die Beteiligung an der 1. Mai-Demonstration hatte die Arbeitsgemeinschaft abgelehnt, weil Hugo Haase — was General Gröner im Münchener Dolchstoßprozeß eidlich bestätigt hat — diesem General durch Handschlag versprochen hatte, der Demonstration entgegenzuwirken. Die Trennung zwischen Arbeitsgemeinschaft und Spartakusgruppe wirkte auch auf die Politik der Parteiorganisationen zurück, in denen infolge der rücksichtslosen Ahndung der Spartakusagitation durch Militär und Justiz (selbst junge Mädchen wurden wegen Verbreitung von Spartakusflugblättern zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt) bald die Arbeitsgemeinschaft ein zahlenmäßiges Uebergewicht hatte.

Nachdem der Parteivorstand bereits im Frühjahr 1916 verschiedene Redakteure von Parteizeitungen gemaßregelt und das Zentralorgan, den „Vorwärts“, unter dem Vorwand der besseren Durchführung der militärischen Zensurvorschriften unter seine eigene parteipolitische Zensur gestellt hatte, benutzte er im Oktober 1916 ein neues Verbot des „Vorwärts“,

um sich ganz in den Besitz dieses Blattes zu setzen, dessen politische Richtung nach dem Parteistatut nur gemeinsam vom Parteivorstand und der zur Arbeitsgemeinschaft zuneigenden Berliner Organisation bestimmt werden durfte. Alle diese, unter Bruch des Parteistatuts erfolgenden Maßnahmen gegen die Opposition zwangen jetzt auch die Arbeitsgemeinschaft, dem von der Spartakusgruppe gestellten Verlangen nach einem Kampfbündnis der oppositionellen Gruppen gegen den Parteivorstand stattzugeben. Am 7. Januar 1917 fand eine Konferenz der Vertrauensleute aller oppositionellen Organisationen Deutschlands in Berlin statt. Die Spartakusgruppe beteiligte sich nur unter der Voraussetzung, daß auch in Zukunft ihre gesonderte und selbständige Organisation anerkannt würde. Sie forderte ein offenes Schutz- und Trutzbündnis aller oppositionellen Organisationen mit gemeinsamer Zentralbehörde und Finanzen, aber ohne Preisgabe der selbständigen Existenz, der Aktionsfreiheit, der Presse und der Freiheit der Kritik für die Spartakusgruppe. Sie verlangte ferner, daß die Zugehörigkeit zur SPD von der Opposition nur solange aufrecht erhalten werden dürfe, als die selbständige Aktion der Opposition dadurch nicht beeinträchtigt werde. Die Opposition dürfe überhaupt nur in der SPD bleiben, um die Politik des Parteivorstandes auf Schritt und Tritt zu bekämpfen und die SPD als Rekrutierungsfeld für den antiimperialistischen Klassenkampf auszunutzen.

Die Arbeitsgemeinschaft lehnte die Forderungen des Spartakusbundes, die darauf hinausliefen, die SPD zu spalten, ab. Aber da der Parteivorstand seinerseits zum Ausschluß der Arbeitsgemeinschaft oder zur Gründung von neuen, ihm ergebenen Organisationen überall da schritt, wo die Arbeitsgemeinschaft die Mehrheit hatte, wurde auch sie zur Gründung einer eigenen Partei gezwungen. Vom 6. bis 8. April 1917 fand in Gotha der Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands statt, an dem auch mehrere Organisationen teilnahmen, die auf dem Boden des Spartakusbundes standen.

Die Frage des Eintritts der Spartakusgruppe in die USPD fand keineswegs bei den Anhängern von Spartakus ungeteilten Beifall. Rosa Luxemburg und Franz Mehring begründeten in der Duisburger Zeitschrift „Kampf“ den Eintritt damit, daß die Spartakusgruppe ein notdürftiges Schutzdach gegenüber den Verfolgungen der Militärdiktatur brauche, und daß eine organisatorische Trennung von zahlreichen Anhängern der Arbeitsgemeinschaft auch ideologisch ungerechtfertigt sei, da diese, in der Entwicklung begriffen, sich bald mit dem Fortschreiten der revolutionären Bewegung zu den Grundsätzen des Spartakusbundes bekennen würden. Einige oppositionelle Organisationen, die organisatorisch nicht zur Spartakusgruppe gehörten und mit der von den Bolschewiki gebildeten „Zimmerwalder Linken“ in engster Verbindung standen — so die Bremer „Linksradikalen“, die die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ herausgaben, und die Gruppe der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ um Julian Borchardt, den Herausgeber der Zeitschrift „Lichtstrahlen“ — blieben tatsächlich der USPD fern.

Ohne daß die USPD der Spartakusgruppe die geforderte Selbständigkeit und Aktionsfreiheit formell zugestand, duldeten sie doch faktisch, daß die Spartakusgruppe nach wie vor ihre Spartakusbriefe und zahllosen illegalen Flugschriften herausgab und auch weiter selbständig Demonstrationen und

Streiks organisierte. Seit der russischen Februarrevolution richtete der Spartakusbund immer klarer und offener sein Ziel auf die Organisierung des bewaffneten Aufstandes. Er konzentrierte sich dabei zunächst auf die ideologische Vorbereitung. Trotzdem fast alle seiner Führer im Zuchthaus oder Gefängnis saßen, verfügte er über einen so gut funktionierenden illegalen Apparat, daß seine Flugschriften in Hunderttausenden von Exemplaren in ganz Deutschland verbreitet wurden.

Die Zuspitzung der Verhältnisse im Jahre 1918 veranlaßte den Spartakusbund, die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Angriff zu nehmen. Die Geld- und Waffenbeschaffung behielt er zum größten Teil selbst in den Händen. Die Verteilung der Waffen übertrug er den „revolutionären Obleuten“, der unter dem Einfluß der USPD stehenden losen Organisation von Betriebs-Vertrauensleuten in Groß-Berlin.

Die revolutionäre Erregung, die allmählich alle Arbeiterschichten ergriff, führte im Herbst 1918 zu einer Annäherung aller, auf dem Boden der Anerkennung des bewaffneten Aufstandes stehenden Gruppen. Ende September nahmen an der letzten Reichskonferenz des Spartakusbundes auch die Vertreter der Bremer und Hamburger Linksradikalen teil, die sich unter dem Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands“ kurz vorher zusammengeschlossen hatten.

Der Sturz der Monarchie in Deutschland gab dem Spartakusbund die breitesten Entfaltungsmöglichkeiten. Er setzte der bereits am 9. November von Ebert ausgegebenen Aufforderung der Ablieferung der Waffen die Parole der Bewaffnung des Proletariats und der Entwaffnung der Bourgeoisie entgegen. Er kritisierte auf Schritt und Tritt die Unzulänglichkeiten der deutschen Revolution, die Schwankungen der Unabhängigen und das immer deutlicher werdende Bündnis zwischen der SPD und der bewaffneten Gegenrevolution. Er begann gleichzeitig einen eigenen legalen Parteiapparat aufzubauen und arbeitete unermüdlich an der ideologischen Aufklärung der Arbeiter, besonders durch die anfangs im von revolutionären Arbeitern besetzten „Lokalanzeiger“ herausgegebene „R o t e F a h n e“. Gleichzeitig entstanden in der Provinz eine Reihe von kommunistischen Tageszeitungen, ebenfalls meist in gewaltsam besetzten bürgerlichen Druckereien. Aber dem starken Einfluß des Spartakusbundes in den Kämpfen des Winters 1918/19 entsprach nicht sein schwacher organisatorischer Apparat.

Der Gründungskongreß der KPD war infolge der stürmischen Tagesereignisse so gut wie gar nicht vorbereitet. Die meisten Delegierten waren Vertrauensleute kleinerer lokaler Gruppen. Eine feste, einheitliche Ideologie fehlte vollkommen. Auch die Mitte Dezember in der „Roten Fahne“ veröffentlichte Programmschrift: „W a s w i l l d e r S p a r t a k u s b u n d“, von R o s a L u x e m b u r g, hatte diesen Mangel nicht beseitigen können. Die Bedeutung des Gründungsparteitages liegt in dem formellen Zusammenschluß aller revolutionären Gruppen Deutschlands, einschließlich der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“, in dem Abbruch jeglicher Beziehungen zur USPD, d. h. in der Bildung einer völlig selbständigen kommunistischen Partei. Dagegen sperrten die im Gegensatz zur Leitung des Spartakusbundes gefaßten Beschlüsse auf Boykott der Parlamentswahlen die Partei von denjenigen Gruppen ab, die zwar der USPD angehörten,

aber im wesentlichen mit den Zielen des Spartakusbundes einverstanden waren. Die Partei geriet infolge dieser inneren Schwächen, trotz heroischer Anstrengungen im Kampfe um die Eroberung der politischen Macht, sehr rasch in innere Krisen, die durch die Ermordung ihrer beiden erfahrensten Führer noch verschärft wurden. Ein großer Teil der zur KPD strömenden Arbeiter wollte von einer festen, politischen Partei, von der Mitarbeit in den Gewerkschaften und von der revolutionären Ausnutzung der Parlamentstribüne nichts wissen. Er schwärmte für eine neue Organisationsform, die die Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften gleichzeitig erfüllen sollte, für die „revolutionäre Einheitsorganisation“. Da die Leitung der Partei mit Recht ein Herabsinken der Partei zu einer Sekte befürchtete, wenn diese unreifen Auffassungen und Organisationsspielereien sich durchsetzen würden, arbeitete sie auf eine Festigung der organisatorischen und politischen Anschauungen der Parteimitglieder und auf die Abstoßung aller Elemente hin, die sich diesen Beschlüssen nicht fügen wollten. Der zweite Parteitag der KPD vom 20. bis 24. Oktober 1919 in Heidelberg brachte die formelle Spaltung mit der von Laufenberg und Wolffheim geführten anti-gewerkschaftlichen und antiparlamentarischen Opposition, die sich darauf als „K o m m u n i s t i s c h e A r b e i t e r p a r t e i“ zusammenschloß.

Die Heidelberger Spaltung war trotz zahlenmäßigen Verlustes, der bei geschickterem Manövrieren der Parteizentrale vielleicht hätte geringer sein können, ein Fortschritt. Der Verlust aber wurde ein Jahr später mehr als wettgemacht durch die Spaltung der USPD in Halle. Der Berliner Vereinigungsparteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 brachte den endgültigen Zusammenschluß aller revolutionären Organisationen, die sich zur Diktatur des Proletariats bekannten. Auf diesem Vereinigungsparteitag ließ die Partei, in der jetzt zahlenmäßig die früheren USPD-Organisationen weitaus überwogen, auch den Untertitel „Spartakusbund“ fallen. Die Partei hieß zunächst „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“, und seit dem Jenaer Parteitag (vom 22. bis 26. August 1921) „Kommunistische Partei Deutschlands“.

### G. SMOLJANSKI:

## DIE TAGESAUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN INNERHALB DER GEWERKSCHAFTS- BEWEGUNG

Man kann ruhig behaupten, daß zum erstenmal in der Geschichte der Komintern die Gewerkschaftskommission sich so allseitig und detailliert mit der konkreten Arbeit der kommunistischen Parteien in den Gewerkschaften befaßt hat, wie auf der 7. Erweiterten Plenartagung des EKKI. Und das ist kein Zufall. Gewerkschaftsfrage und Gewerkschaftsarbeit standen jetzt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Kommunistischen Internationale. Die Frage der Gewerkschaftsarbeit ist eng verbunden mit der

Frage der Einheit, mit der Frage des Kampfes um die Führung der Massen. Wir leben in einer Epoche der Vorbereitungsarbeit zur Organisierung der Revolution, d. h. in einer Epoche der Organisierung und Leitung der Massen. Eben darum wird das Problem des Wechselverhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft, das Problem der konkreten organischen Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften so akut.

Schon nach dem 5. Weltkongreß — auf der 5. und 6. Erweiterten Plenartagung des EKKI sowie im Offenen Brief des EKKI an die KPD — wurde die Losung ausgegeben: 75 Prozent der Parteiarbeit — Gewerkschaftsarbeit. Da aber gerade zur selben Zeit die kommunistischen Parteien eine Reihe von Krisen durchmachten, konnte diese Losung nicht realisiert werden. Das „ultralinke“ Fieber, das die mächtigste westeuropäische Sektion schüttelte, isolierte in gewissem Grade die Kommunisten von den Massen der gewerkschaftlich Organisierten. Andererseits wiederum fanden die rechten Liquidatoren sehr oft einen Rückhalt in dem Gewerkschaftssektor der Partei, wo die bolschewistische Schulung am ungenügendsten war und sich eine eigenartige „Tradition“ gebildet hatte. So war es z. B. in Schweden während des Abfalls von Höglund, der fast alle Gewerkschaftsfunktionäre der Partei mit sich zog. Nunmehr gehen die kommunistischen Parteien dicht an die Aufgabe heran, die Massen zu erobern. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik wird wirklich brennend und aktuell.

Als Ausgangspunkt dazu dient nicht nur die Ueberwindung der „ultralinken“ und rechten Abweichungen, sondern auch — und in erster Linie — die neuen Prozesse, die innerhalb des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung vor sich gehen. Durch die kapitalistische Rationalisierung und ihre Folgen — die in geometrischer Progression zunehmende Ausbeutung, die Massenarbeitslosigkeit, die Ersetzung der Männerarbeit durch Frauenarbeit, der gelernten Arbeiter durch ungelernete und halbgelernte —, all das stellt vor der Arbeiterklasse in voller Größe die Aufgabe der Einheit: Vereinigung der im Betrieb Stehenden mit den Arbeitslosen, damit die letzteren nicht zum Reservoir des Anarchosyndikalismus und des Streikbrechertums werden, Solidarität zwischen der Männer- und Frauenarbeit, die Einheit der Arbeiter im Maßstabe der Industriezweige (Kampf gegen den Zunftgeist), die Einheit der verschiedenen Schichtungen innerhalb des Proletariats und schließlich (das Problem der Probleme!) — die internationale Einheit. Nicht umsonst vollzieht sich gleichzeitig mit dem neuen Prozeß des Kapitalismus auch eine gewaltige Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse. Wirft man einen Blick auf die Gewerkschaftskarte der Welt, so muß als erstes die unzweifelhafte Erstarkung der Gewerkschaften im vergangenen Jahre konstatiert werden. Davon machen jetzt die Amsterdamer viel Aufhebens. Sie verheimlichen aber die Tatsache, daß dieses Wachstum und diese Konsolidierung nicht in einer gleichgerichteten Linie vor sich gehen, sondern in zwei verschiedenen, einander vollkommen entgegengesetzten Richtungen: auf der einen Seite, in den Spitzen der reformistischen Gewerkschaftsbewegung, immer größere Nivellierung und Konsolidierung nach rechts, auf der anderen Seite — Konsolidierung der Massen von unten her nach links. Im letzten Heft der Zeitschrift der Amsterdamer („Die Internationale Arbeiterbewegung“, Nr. 4) erklären sich die rechten Führer durch den Mund von Leon Jouhaux für offene Agenten der kapitalistischen Sta-

bilisierung. Mit demselben unerhörten Zynismus kündigt in der gleichen Nummer der Zeitschrift der geriebene Bürokrat Sassenbach, zweiter Sekretär der „Internationale“, einen Feldzug gegen die Einheit an. Das Verhalten der führenden Mitglieder des Generalrats während des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks hat die „englische Opposition“ — Purcell und Hicks — in die Arme der Sassenbach und Jouhaux zurückgeworfen. Die andere Form der „Linksbewegung von oben“, die sogenannte „Opposition der Betriebsinternationalen“ (bestehend aus einem bedeutenden Teil der Vorsitzenden dieser Organisationen), hat sich genau so überlebt. Der „Führer“ der internationalen Chemiearbeiter-Vereinigung, der reaktionärsten aller Berufsinternationalen, Stenhuis, dessen „revolutionäre“ Rede auf dem letzten Parteitag der holländischen Sozialdemokratischen Partei ein bedeutsames Ereignis in seinem Leben war, verlangt von Fimmen die Sprengung aller holländischen Einheitskomitees. Und sogar Fimmen führt bei seiner Verteidigung gegen die Angriffe Stenhuis' Argumente an, die ihrer Deutlichkeit wegen bemerkenswert sind:

„Wir stehen nicht nur neben unseren rechten Freunden — d. h. neben Stenhuis — wir stehen vor ihnen und nehmen auf uns viele Schläge, die für sie bestimmt sind“ (Artikel Fimmens „Die Kommunisten und wir“).

In einer ganzen Reihe anderer höchst wichtiger Fragen des Klassenkampfes ist die Position Fimmens sehr verworren und zweideutig: in der Frage des Aufstandes in der holländischen Kolonie Indonesien z. B. stellte sich Fimmen, der durch sein Auftreten für internationale Solidarität einen Ruf erworben hat, auf den Standpunkt, daß es für ihn unmöglich sei, den Imperialismus „nur in einem Lande“ zu bekämpfen. Auf diese Weise ist die Evolution in diesem Sektor des Reformismus klar: von der Vielgestaltigkeit zur Einheitlichkeit.

Auf dem andern Pol sehen wir ein anderes Bild. Das letzte Jahr wird am meisten gekennzeichnet nicht nur durch ein allgemeines Wachstum und eine allgemeine Konsolidierung des linken Flügels, sondern auch durch seine Differenzierung. In England haben wir das klassische Beispiel eines machtvollen Kristallisierungsprozesses einer von unten her ausgehenden Linksbewegung, die sich immer mehr um die Minderheitsbewegung gruppiert. In einer Reihe anderer Länder haben wir es dagegen mit der Spaltung und der parallelen Existenz verschiedener Linksruppen zu tun (Belgien, Holland) sowie mit einem eifersüchtig-sektiererischen Verhalten der kommunistischen Partei den Einheitskomitees gegenüber und sogar mit Versuchen unserer Feinde, unter der Flagge der Einheit eine bürgerlich-reformistische Agentur in unsere Reihen hineinzuschmuggeln. So war es in Bulgarien, wo der Bruder Zankows, zusammen mit Dr. Kasassow, Führer der rechten Opposition in der Sozialdemokratischen Partei, unter der Losung der Einheit eine neue gewerkschaftliche Vereinigung zu gründen versuchte.

In Aegypten haben die Anhänger Zaglul-Paschas, auch unter der Flagge der Einheit, die Konföderation der Arbeit zerschlagen. In Palästina versuchen die „linken“ Poale-Zionisten, unter stillem Einverständnis der rechten, einen „linken Flügel“ zu schaffen, dessen einzige Aufgabe die Zertümmung der Kommunisten wäre.

All das darf aber nicht die Hauptsache vertuschen, nämlich die Tatsache, daß wir in eine neue Phase des Kampfes um die Einheit eingetreten sind: das Schwergewicht des Kampfes um die Einheit hat sich nach unten, in die Betriebe verschoben. Der nahezu überall zu verzeichnende Erfolg der Einheitskomitees, der „Freunde der Einheit“, der Komitees der proletarischen Einheit usw. zeugt davon, daß gerade diese Form (die, nebenbei gesagt, in Ländern, in denen es keine Betriebsräte gibt, zur Grundlage des Kampfes um sie werden muß) am meisten der heutigen Etappe entspricht.

Welche gewaltige Bewegung die fast ausschließlich von unten her organisierten Arbeiterdelegationen nach der USSR hervorgerufen haben, davon zu reden erübrigt sich. Allein die erste deutsche Delegation hat über 1000 Versammlungen mit einer halben Million Teilnehmer organisiert. Die zweite Delegation hatte bis zum 12. November 606 Versammlungen veranstaltet, von denen 30 von sozialdemokratischen Arbeitern und vom Reichsbanner einberufen wurden. In der Tschechoslowakei haben wir das Zentrum der deutschen Sozialdemokratie erobert, nämlich Karlsbad, wo sozialdemokratische Arbeiter wegen der Reise nach der USSR aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Natürlich profitieren an dem Wachstum der Gewerkschaften und der infolge des kapitalistischen Druckes wachsenden Aktivität der Arbeiterklasse auch die reformistischen Spitzen. Anders kann es auch gar nicht sein. Die Dialektik der Entwicklung besteht jedoch in der Konsolidierung des entgegengesetzten Prozesses auf dem andern Pol. Das Tempo dieses Prozesses ist schneller und mächtiger als das des ersteren und muß unvermeidlich dazu führen, daß die sich nach links entwickelnden Massen die obere reformistische Hülle sprengen, wodurch die Usurpatoren der Arbeiterbewegung „usurpiert“ werden.

Was hat nun unter diesen Bedingungen die Kommunistische Partei zu tun?

Es ist klar: die erste und wichtigste Aufgabe ist das organisatorische Eindringen in die Betriebe und die Gewerkschaften. Zu diesem Zweck wird von der Partei gefordert:

- a) Einbeziehung aller in der Partei organisierten Arbeiter in die Gewerkschaften;
- b) aktive organische Arbeit der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung;
- c) feste Parteiorganisationen, d. h. lebensfähige kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften.

Wie bewältigen nun die Parteien diese Aufgabe?

Es steht außer Zweifel, daß in fast allen größeren Sektionen der Komintern bestimmte Errungenschaften auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit zu verzeichnen sind. Die Kurve dieser Erfolge ist allerdings verschieden, doch Erfolge gibt es überall. Das bedeutet aber nicht, daß wir die schwachen Seiten und die Mängel unserer Arbeit vertuschen dürfen. Und Fehler hat es gegeben — manchmal nicht nur solche organisatorischer, sondern auch politischer Art. Um nun aus einer gesunden Selbstkritik richtige Schlüsse zu ziehen, müssen wir diese Errungenschaften und diese Mängel nicht statisch (als „absolute“ statistische Phänomene), sondern dynamisch betrachten, nicht die Errungenschaften und Mängel sozusagen „an sich“ sehen, sondern ihre Tendenz und ihren Zusammenhang mit den Bedingungen

der Parteiarbeit in den Gewerkschaften studieren. So betrachtet, erweisen sich manche Mängel als Wachstumsschwierigkeiten, manche Errungenschaften als ziemlich grobe Fehlgriffe.

Worin bestand nun der größte Erfolg der Parteien im letzten Jahre? Darin, daß wir durch unsere Arbeit überall in den Massen Interesse für die Einheit geweckt haben. In einer Reihe von Ländern hat unsere Propaganda zur Bildung von Einheitskomitees geführt, die bedeutende Massen von reformistischen Arbeitern in Bewegung gesetzt haben. Im Großen und Ganzen fällt der größte Erfolg unserer Agitationsarbeit zu. Wir haben es aber nicht verstanden, unsere agitatorischen Erfolge auch organisatorisch zu festigen. In dem Mißverhältnis zwischen dem Tempo unserer agitatorisch-politischen Erfolge und dem Tempo der organisatorischen Festigung unseres Einflusses durch die Partei ist der Hauptmangel unserer Arbeit enthalten. Befassen wir uns mit der ersten Frage — der Einbeziehung aller in der Partei organisierten Arbeiter in die Gewerkschaften. Eine Vorwärtsbewegung in dieser Hinsicht ist vorhanden, ihr Tempo ist jedoch ungenügend. In Deutschland, wo die Erfolge am größten sind, waren im Juli 1926 60 Prozent der Parteimitglieder gewerkschaftlich organisiert, im Oktober — 70 Prozent. Rechnet man die Mitglieder, die für gewerkschaftliche Organisation nicht in Frage kommen (Hausfrauen usw.), auf 7 bis 8 Prozent, so gibt es in der Partei doch noch 20 Prozent gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter. Allerdings handelt es sich hier mehr um Wachstumsschwierigkeiten, da man die ungeheure Arbeitslosigkeit in der Parteimitgliedschaft und die antigewerkschaftliche Politik der Ultralinken in Betracht ziehen muß. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen. In anderen Ländern geht die gewerkschaftliche Organisation der Parteimitglieder noch langsamer vor sich. In England ist der Prozentsatz der gewerkschaftlich Erfaßten sogar zurückgegangen (auf 70 Prozent), allerdings aus spezifischen, von der Partei „unabhängigen“ Gründen: während des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks traten in die Partei in bedeutender Anzahl Bergarbeiterfrauen ein, die keinen Zutritt in die Gewerkschaften haben.

Die andere Frage betrifft die Erziehung von kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären. In vielen Ortskartellen, z. B. in Deutschland, sind kommunistische bzw. oppositionelle Mehrheiten vorhanden. Und nicht selten befinden sich dort die Kommunisten in einer tragischen Situation: man hat keinen, den man in die leitenden Organe wählen könnte. Die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre sind mehr Agitatoren, mehr Propagandisten der Partei in den Gewerkschaften als Gewerkschafter. Und von denen, die man hat, haben die wenigsten eine wirklich bolschewistische Erziehung erhalten. Darum ist die aktuellste Tagesaufgabe der kommunistischen Parteien die Schaffung eines solchen Kaderns von aktiven kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären, die die organische Kleinarbeit in den Gewerkschaften zu leisten verstehen und dabei nicht die revolutionäre Perspektive verlieren, sondern ihre Arbeit mit den großen Endaufgaben der proletarischen Revolution zu verbinden wissen.

Die allerwichtigste Frage ist schließlich die Arbeit der kommunistischen Fraktionen. Hier wird aufs engste das Problem des Wechselverhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft berührt, hier sind auch die größten Abweichungen von der leninistischen Fragestellung zu verzeichnen. Der

gemeinsame Mangel fast aller Sektionen ist die schlechte qualitative Arbeit der kommunistischen Fraktionen. Mit großer Mühe wurde das erste Eis gebrochen. Die formale Bildung von kommunistischen Fraktionen ist in vollem Gange. Im deutschen Metallarbeiterverband gibt es 300 Fraktionen, in der deutschen chemischen Industrie 87, in der Textilindustrie 60. Sogar die Gewerkschaftsabteilung der Kommunistischen Partei Amerikas zählt 300 Fraktionen. Was bedeuten aber diese Fraktionen in Wirklichkeit, was leisten sie, die Avantgarde der Verbände, in der Werktagssituation? Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Quantität hier noch nicht in Qualität umgeschlagen ist.

Ist nun in Ländern mit einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung die Arbeit der kommunistischen Fraktionen eine Frage der organisatorischen Kräfteanstrengung der Partei, eines mehr oder minder geschickten Heran-gehens an die Massen, so hat diese Frage in Ländern mit gespaltener Gewerkschaftsbewegung, in Ländern mit selbständigen revolutionären Gewerkschaften bis heute noch eine ganz andere Bedeutung. In solchen Ländern stößt man noch oft auf das politische Nichtverstehen der Bedeutung der kommunistischen Fraktionen, auf eine unklare Vorstellung von dem Wechselverhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. In diesen Ländern sind die Gewerkschaften in der Regel zahlenmäßig stärker als die Partei. Und dieses „objektive“ (statistische) Kräfteverhältnis führt nicht selten zu einer Unterschätzung der Rolle der Partei als der Avantgarde der Arbeiterklasse, als der Führerin der Gewerkschaftsbewegung.

Ein klassisches Beispiel stellt in dieser Hinsicht Holland dar. Die revolutionäre gewerkschaftliche Vereinigung, das Nationale Arbeitersekretariat (NAS) ist bedeutend stärker und bedeutend älter als die Partei. Diese syndikalistische Organisation wurde noch vor dem reformistischen Gewerkschaftsverein und sogar vor der Sozialdemokratischen Partei gegründet. In syndikalistischen Traditionen erzogen, „genügt diese Organisation sich selbst“ und neigt oft dazu, auf ihre „integralen“ Schultern parteipolitische Funktionen zu legen. Kein Wunder, daß sogar Kommunisten aus dem NAS bei der bloßen Erwähnung des Wortes „kommunistische Fraktion“ ent-rüstet sind. Im NAS brauche man keine kommunistischen Fraktionen, weil diese Organisation revolutionär sei, und in den reformistischen Verbänden seien sie überflüssig, weil man die revolutionären Elemente, falls es solche in den reformistischen Verbänden noch geben sollte, unverzüglich in das NAS überführen müsse. Braucht man da noch speziell hinzuzufügen, daß das NAS einen Vernichtungskampf gegen die Einheitskomitees in den reformistischen Verbänden führt, da diese ja reformistisch sind, und daß der zahlenmäßige Bestand der Organisation schon mehrere Jahre lang auf dem Gefrierpunkt steht! In dem NAS gibt es Verbände, die ihre Mitglieder nach Dutzenden zählen (der Verband der Landarbeiter besteht aus 17 Mann, der Angestelltenverband aus 54 Mann usw.), doch aus „integralen“ Erwägungen heraus werden sie aufrecht erhalten, um über eine komplette „Garnitur“ von Berufssektionen zu verfügen. Ist das nicht ein klassisches Beispiel für Sektierertum und syndikalistische Routine?

Aber auch in einer so großen Partei wie die französische, die über die mächtige Basis der Unitären Arbeitskonföderation verfügt, stoßen wir manchmal noch auf eine ungenügende Erkenntnis der politischen Bedeutung

der kommunistischen Fraktionen. Im letzten Jahr hat die Partei auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit sowie auf dem der Annäherung an die reformistischen Arbeiter einen bedeutenden Schritt vorwärts getan (proletarische Einheitskomitees, gemischte Komitees usw.). Noch 1922 in St. Etienne befand sich das Exekutivkomitee voll und ganz in den Händen der Anarcho-Syndikalisten. Heute sind alle Mitglieder des Exekutivkomitees, mit zwei bis drei Ausnahmen, Kommunisten. Und die französischen Genossen schütteln mitunter verständnislos den Kopf: warum mußte man auf dem unlängst stattgefundenen Kongreß der Eisenbahner eine Fraktion schaffen, wenn von 150 Delegierten 135 Kommunisten waren? Hier liegt eben der Hund begraben! Hierin äußert sich das ungenügende Verständnis für die politische Bedeutung einer organisierten Führung durch die Partei. Und dies wirkt sich in der allgemeinen Arbeit aus. Worin besteht der Hauptmangel unserer Arbeit in Frankreich? Darin, daß die Partei und die CGTU, die einzigen Organisationen, die wirklich den Klassenkampf führen, sich einer Bewegung erst dann annehmen, wenn sie bereits elementar zum Durchbruch gekommen ist. Es fehlt die organisatorische Vorbereitung der Bewegungen. Und dies läßt sich am leichtesten durch eine feste und organisierte Führung durch die Partei verwirklichen.

Eine schwache Seite bildet auch der zahlenmäßige und soziale Bestand der CGTU. Im Vergleich zu der reformistischen Konföderation besitzt allerdings die CGTU eine weit bessere industrielle Basis: die Reformisten sind nur in den Bergbaugebieten stark. Diese Tatsache müssen sogar unsere Klassenfeinde eingestehen. Im „Bulletin du Comité de Forges“ vom 18. November 1926 wird mit Bedauern konstatiert, daß

„wenn auch die Angestellten sich der CGT anschließen, so wird sie von den Arbeitern immer mehr verlassen und in den Industriezentren fällt heute die Führung der Arbeiterbewegung der CGTU zu“.

Der organische Mangel der CGTU ist aber der Umstand, daß sie, wie seltsam das auch klingen mag, hauptsächlich gelernte Arbeiter umfaßt und nicht versteht, ihre ganze Energie auf die Eroberung der gewaltigen, viele Millionen betragenden Masse der Ungelernten zu richten. Hieraus ergibt sich die Fluktuation der Mitgliedschaft der unitären Verbände und ihre geringe quantitative Zunahme. Das ist auch die soziale Ursache der ungenügenden organisatorischen Vorbereitung der Aktionen.

Hierher gehört auch die von einigen Genossen aufgerollte Frage nach der Schaffung neuer Organisationsformen im faschistischen Italien, wo die Konföderation der Arbeit von den Faschisten vollständig zerschlagen ist, und die Führer auf den Kampf verzichten. Man kann sich, selbst „unter der Perspektive der ansteigenden revolutionären Welle“, schwerlich ein noch abstrakteres Schema vorstellen als diesen Vorschlag. Als ob die Partei mechanisch, „von sich aus“, eine Massenbewegung schaffen könnte und nicht das Gegenteil der Fall wäre, nämlich daß die Partei selbst zu einer Massenorganisation wird, indem sie mit den historisch gegebenen Formen der breiten Klassenorganisation organisch verwächst und die Führung über sie gewinnt. Die Partei hat durchaus richtig gehandelt, als sie dieses abstrakte Schema ablehnte, denn seine Annahme wäre gleichbedeutend damit, Luftschlösser auf dem losen Sand der faschistischen Wüste zu bauen.

Daß neue Organisationen nicht plötzlich entstehen, daß die Traditionen der Arbeiterbewegung und die politische Schulung dabei eine gewaltige Rolle spielen, ist aus der Evolution zu ersehen, die die Gewerkschaftsbewegung in anderen Ländern des Polizeiterrors durchgemacht hat, nämlich in den Balkanstaaten. Die Gewerkschaften haben sich gerade in solchen Ländern gehalten, in denen es eine solche politische Schulung gab. In Bulgarien, wo es eine zwanzigjährige antireformistische Tradition gibt, wo die Gewerkschaftsbewegung unter einem absoluten politischen Einfluß der Partei sich entwickelte, begannen die Gewerkschaftsverbände, trotz des brutalsten Terrors nach dem Zankow-Umsturz, sich sehr bald wieder aufzurichten. In Jugoslawien dagegen geht die Wiederherstellung der durch das Ausnahmegesetz von 1920 zerschlagenen Gewerkschaftsbewegung am schwierigsten vor sich. Und es ist bezeichnend genug, daß sich der Wiederaufbau am leichtesten in den früher zu Oesterreich gehörenden Provinzen Slowenien, Wojewodina und Kroatien vollzieht, in denen die Arbeiterbewegung entwickelt war. Dasselbe gilt auch für Rumänien: der Widerstand gegen den weißen Terror ist am erfolgreichsten in Siebenbürgen und im Banat. Wenn die italienische Gewerkschaftsbewegung so leicht von den Faschisten zerschlagen werden konnte, so nicht etwa darum, weil es dort keine Traditionen gegeben hätte, sondern darum, weil das syndikalistische Traditionen waren, weil die Massen keine politische Erziehung erhalten hatten, weil die organisatorische Verwurzelung der Gewerkschaften in den Massen und in den Betrieben ungenügend war.

Noch ein paar Worte über die Abweichungen im Kampf um die Einheit. Der Kampf um die Einheit ist weder ein Manöver noch ein Dogma. Es ist ein Kampf um die Organisierung der proletarischen Revolution, ein Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, ein Kampf um ihre Führung. Gerade für die reformistischen Führer sind die Einheitsbestrebungen lediglich ein Manöver zur Spaltung unserer Reihen und zur Liquidierung der roten Gewerkschaftsbewegung. Eben weil diese Führer gegen den revolutionären Kampf des Proletariats sind, sind sie auch gegen die Einheitsfront und bedienen sich „integraler“ Losungen wie: „Ohne organisatorische Einheit kann es auch keine Einheitsfront geben.“ Gleichzeitig sind sie nicht abgeneigt, zu „manövrieren“ und auf eine Vereinigung „auf separater Basis“ einzugehen, — falls sie ihrer Kräfte sowie der Möglichkeit, die revolutionäre Minderheit zu verschlingen, vollkommen gewiß sind. Was aber keineswegs bedeuten soll, daß darum die Genossen im Recht sind, die der Einheit gegenüber skeptisch eingestellt sind und sie hauptsächlich für eine Agitationslosung halten. Denn das würde ja in erster Linie bedeuten, daß man sich bloß auf eine Kritik an den Reformisten beschränkt, ohne diese Kritik den breiten Massen verständlich zu machen. Die Einheit ist aber gleichzeitig auch kein Dogma, kein Fetisch. Die Losung: „Einheit um der Einheit willen, Einheit um jeden Preis“ — würde unvermeidlich zu liquidatorischen Tendenzen in unseren Reihen führen, würde uns unserem Ziel, der Gewinnung der Massen, nicht näher bringen, sondern uns davon entfernen. Die Einheit ist gut, sie ist notwendig, sie ist für die Arbeiterklasse nützlich, wenn sie die Organisierung des Klassenkampfes des Proletariats, die Hebung seiner Kampffähigkeit, die Organisierung der proletarischen Revolution fördert.

## A. ZAPOTOCKY:

DIE AKTIONEN FÜR DIE VEREINIGUNG DER  
GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG UND DIE KOMMU-  
NISTISCHE PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI

Die Fraktionsarbeit in den Amsterdamer Gewerkschaften in der Tschechoslowakei steht in den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden auf einer verschiedenen Stufe der Entwicklung. Es besteht da ein Unterschied zwischen solchen Amsterdamer Verbänden, neben denen entsprechende Rote Verbände bestehen, und zwischen den Amsterdamer Verbänden, die sich nicht gespalten haben.

Die Fraktionsarbeit in den Verbänden der ersten Art weist sehr geringe Resultate auf. Es ist dies die Konsequenz davon, daß bei der Spaltung dieser Gewerkschaftsverbände durch die Amsterdamer und bei der Gründung der Roten Verbände die aktiven kommunistischen Arbeiter aus diesen Organisationen ausgeschlossen wurden und sie sich infolge des Ausschlusses in den Roten Verbänden vereinigen mußten. Diejenigen mit den Kommunisten sympathisierenden Arbeiter, die in den Amsterdamer Verbänden geblieben sind, stellen ein schwächeres, weniger aktives Element dar, und es ist schwer, aus ihren Reihen die für die Fraktionsarbeit fähigen Arbeiter zu erziehen.

In den Verbänden, wo die Spaltung durch Ausschlüsse der Kommunisten noch nicht durchgeführt wurde, blieb infolgedessen der aktive Kader der Kommunisten, die fähig sind Fraktionsarbeit zu leisten, in den Amsterdamer Gewerkschaften. Hier ist die Fraktionsarbeit organisiert, sie wird planmäßig geführt und entwickelt sich nach vorwärts.

Die Kampagne für die Vereinigung der Gewerkschaften wird seitens der KPTsch systematisch geführt. Sie wird geführt direkt in den Fabriken mit Hilfe der Betriebszellen, in den Gewerkschaften mit Hilfe der kommunistischen Fraktionen, in den Betriebsausschüssen, in der Presse. Im Vordergrund dieser Aktionen stehen die Roten Gewerkschaften. Diese — unter der Beeinflussung durch die kommunistischen Fraktionen in ihren Leitungen — benutzen systematisch jede Gelegenheit, um die Führung der Amsterdamer Gewerkschaften zu gemeinsamem Auftreten zum Schutze der Arbeiterschaft, zur Stellungnahme zu den Tagesforderungen, zum Aufnehmen des Kampfes usw. aufzufordern. Die Arbeiter quittieren diese Aufforderungen mit Sympathie. Der Leitung der Amsterdamer Gewerkschaften sind sie unangenehm, da sie ihr sehr oft schwierige und ihr unerwünschte Situationen schaffen. Die Bewegung für die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen ist eine breite, und sie gewinnt mehr und mehr an Boden.

Unter dem Druck von unten hat die Führung der Amsterdamer Gewerkschaften, die sehr lange die Vereinigung mit den Roten Gewerkschaften ablehnte, die Verhandlungen zwischen der tschechischen Amsterdamer gewerkschaftlichen Zentrale und zwischen der deutschen zwecks Vereinigung dieser

beiden im Lande existierenden Amsterdamer Zentralen begonnen, wobei die Roten Verbände von der Vereinigung ausgeschlossen werden sollen. Dadurch soll die Vereinigung der Amsterdamer Gewerkschaften in der Tschechoslowakei auf internationaler Grundlage erzielt werden, und der propagandistische Einfluß der Kommunisten soll abgeschwächt werden. Die Amsterdamer glauben dann mit dem Argument vor die die Vereinigung wünschenden Arbeiter hintreten zu können, daß die Kommunisten über die Vereinigung nur redeten, wohingegen sie handelten und die Vereinigung wirklich durchführten. Die Verhandlung zwischen den Amsterdamer Gewerkschaftszentralen hat bis jetzt zu dem Resultat geführt, daß ein Gewerkschaftskartell geschaffen wurde, wobei nicht nur beide nationalen Zentralen (tschechische und deutsche) der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung, sondern auch die selbständigen nationalen Verbände der einzelnen Branchen vertreten sind.

In zwei Fällen ist es zu konkreten Verhandlungen zwischen einzelnen Amsterdamer und Roten Verbänden zwecks Vereinigung gekommen: Das ist der Fall bei den Eisenbahnern und bei den Metallarbeitern.

Bei den Eisenbahnern besteht in der Tschechoslowakei folgendes Verhältnis:

Organisation	Mitgliederzahl
Rote Eisenbahnergewerkschaft . . . . .	16 325
Deutsche Amsterdamer Eisenbahnergewerkschaft . . . . .	17 728
Tschechische Amsterdamer Eisenbahnergewerkschaft . . . . .	39 145
Von tschech. Sozialisten geführte tschech.-nationale Eisenbahnergew.	59 895

Der Rote Verband der Eisenbahner und der deutsche Amsterdamer Verband sind einige Male in verschiedenen die Eisenbahner betreffenden wirtschaftlichen Fragen gemeinsam vorgegangen. Der deutsche Verband ist dazu durch den Druck seiner Mitgliedschaft, in deren Reihen sich eine bedeutende Anzahl von Kommunisten befindet, gezwungen. In der letzten Zeit vor den Wahlen in die Krankenkassen der Eisenbahner trat der deutsche Amsterdamer Verband an den Roten Verband der Eisenbahner mit der Aufforderung heran, bei diesen Wahlen gemeinsam vorzugehen und gemeinsame Kandidatenlisten aufzustellen. Der Rote Verband der Eisenbahner hat geantwortet, daß vor dem gemeinsamen Vorgehen bei den Wahlen — Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen bei der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner und für die Abwehr eingeleitet werden müßten. Die Führung des deutschen Amsterdamer Verbandes hat diese Bedingungen akzeptiert. Die Verhandlungen wurden eingeleitet, es wurden Verabredungen getroffen über ein gemeinsames Vorgehen in den wirtschaftlichen Kämpfen, und auch die Verhandlung über die Vereinigung befindet sich auf einem guten Wege. Wird diese Vereinigung wirklich durchgeführt werden, so wird sie eine Stärkung des Klassengeistes in den Gewerkschaften bedeuten, und sie wird auch vom Standpunkt der weiteren Vereinigungsaktionen von Wichtigkeit sein. In dem Roten Eisenbahnerverband ist die Führung der Gewerkschaftsorganisation vollkommen in den Händen der Kommunisten, in dem deutschen Amsterdamer Eisenbahnerverband haben die Kommunisten eine ernste Minderheit und dadurch auch einen bestimmten Einfluß.

Anders liegen die Dinge bei den Metallarbeitern. Dort ist das Verhältnis folgendes:

Organisation	Mitgliederzahl
Roter Verband . . . . .	21 638
Tschech. Amsterdamer Verband .	62 905
Deutscher Amsterdamer Verband	23 360
Tschech.-sozialistischer Verband	24 145

Der tschechische Amsterdamer Metallarbeiterverband hat an den Roten Verband auch eine Aufforderung zur Verhandlung zwecks Einigung gerichtet. Er hat sich die Vereinigung folgendermaßen vorgestellt: Die Mitglieder des Roten Verbandes werden einfach in den Amsterdamer Verband übertreten. Dieser wird ihnen alle erworbenen Rechte garantieren, und er wird auch die Angestellten des Roten Verbandes in seine Dienste übernehmen. In diesem Fall würde die Vereinigung eine sehr fühlbare Schwächung der Roten Gewerkschaftszentrale (MVS) bedeuten. Im Gesamtmaßstabe der Gewerkschaftsbewegung als ganzes würde sie aber keine Stärkung des Kampfes um die Vereinigung der Gewerkschaften bedeuten, weil der Vorsitzende des tschechischen Amsterdamer Verbandes Hampel und die Leitung dieses Verbandes bewußte Gegner dieser Vereinigung sind. Wenn sie der Roten Organisation der Metallarbeiter die Vereinigung anbieten, so verfolgen sie damit nur die Absicht, der durch die Kommunistische Partei und durch die Roten Gewerkschaften geführten Vereinigungsaktion ein Manöver entgegenzustellen.

Die Kommunistische Partei hat zu diesen zwei Fällen einen verschiedenen Standpunkt eingenommen. Zu den Verhandlungen über die Vereinigung bei den Eisenbahnern hat sie ihre Zustimmung ausgesprochen, und sie hat diese Verhandlungen unterstützt. Zu den Verhandlungen über die Vereinigung bei den Metallarbeitern hat sie ihre Zustimmung gegeben, sie hat aber die von der Leitung des tschechischen Amsterdamer Metallarbeiter-Verbandes gestellten Bedingungen abgelehnt und die Einberufung des Vereinigungs-Kongresses gefordert, dem eine Aktion für die Vereinigung der gesamten Gewerkschaftsbewegung vorangehen müßte. Die Führung des tschechischen Amsterdamer Metallarbeiterverbandes müßte diese Aktion einleiten und auch in der tschechischen Amsterdamer Gewerkschaftszentrale führen.

In allen Fragen der gewerkschaftlichen Vereinigung gehen die Aktionen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei von folgenden Gesichtspunkten aus: Fortwährend und überall angestrengte Aktionen für die Aktionen der Gewerkschaftsbewegung zu führen. In den Vordergrund dieser Aktionen besonders die Roten Gewerkschaften zu stellen. Alle Bestrebungen zu unterstützen, die die Grundlage für den Kampf um die Vereinigung darstellen. Dabei aber die Roten Gewerkschaftsorganisationen nicht zu schwächen durch mechanische Vereinigung einzelner Sektionen, deren Vereinigung die Gesamtkraft der Roten Gewerkschaften schwächen und dabei den Einfluß für die Vereinigung in den Amsterdamer Gewerkschaften nicht stärken würde. Es ist der Ansicht der KPTsch nach nicht möglich, bei den Aktionen und Verhandlungen für die Vereinigung mechanisch vorzugehen, sondern es ist notwendig, immer und überall die konkrete Situation zu berücksichtigen und danach zu handeln.

## DE VISSER: DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN HOLLAND UND DIE AUFGABEN DER KPH

### Allgemeines

Die holländische Gewerkschaftsbewegung ist außerordentlich zersplittert. Die sieben Zentralen hatten am 1. Januar 1926 die folgende Mitgliederzahl: die reformistische Zentrale (NVV) 192 000; die revolutionäre Zentrale (NAS) 14 000; die katholische Zentrale 92 000; die christliche (Kalvinsche) Zentrale 49 000; die neutrale Zentrale (ANV) 21 500; die Zentrale der Kopfarbeiter 17 200; die anarcho-syndikalistische Zentrale (NSV) 5500. Außerdem ist noch eine Reihe kleinerer Organisationen vorhanden, die zusammen 100 000 Mitglieder zählen, aber keiner Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind.

Alle diese Zentralen haben ihre eigene Ideologie, bestehen schon seit Jahrzehnten, bekämpfen sich bis aufs Messer und gehen nur in vereinzelten Fällen gemeinsam gegen die Unternehmer vor. Es versteht sich, daß in einer derartigen, von alten Traditionen und von traditionellen Feindseligkeiten beherrschten Gewerkschaftsbewegung die Verwirklichung der Einheit eine ebenso notwendige, wie schwere Aufgabe ist. Aber erst in den letzten Jahren, als die scharfe Unternehmeroffensive erfolgreich gegen die zersplitterte Gewerkschaftsbewegung durchgeführt wurde, fand die Propaganda zugunsten der Einheit mehr Anklang bei den Massen.

Noch im Jahre 1921 wies der Kongreß des NAS jede Zusammenarbeit mit den reformistischen Gewerkschaften, außer kurzen Uebereinkünften bei Streiks, „prinzipiell“ zurück. Und noch vor einigen Monaten erklärte Stenhuis, der Vorsitzende der NVV, daß es eine Einheit zwischen dem NAS und NVV niemals geben könne, daß das NAS als Sammelbecken aller „abenteueralichen“, „moskowitzischen“, „quasi-revolutionären“ Elemente bestehen bleiben müsse.

Doch ist zweifelsohne seit dem letzten Jahre eine Veränderung zu verzeichnen. Es vermehren sich die Anzeichen, daß bei den Massen der verschiedenen Verbände, in erster Linie bei den in den revolutionären, den reformistischen und den neutralen Verbänden organisierten Arbeitern, die Idee der gewerkschaftlichen Einheit immer mehr und mehr Zustimmung findet. Und auch bei einzelnen Gewerkschaftsführern bricht sich der Gedanke Bahn, daß neben einer Veränderung der Methoden des Kampfes ebenso sehr die Gewerkschaftseinheit notwendig ist.

Die Linksentwicklung in den reformistischen Verbänden ist aber noch schwach und wird organisatorisch in erster Linie von den ebenfalls noch schwachen kommunistischen Fraktionen getragen. Die Verbreitung des Fimmenschen Organs „De Eenheid“ geschieht z. B. hauptsächlich durch die Kommunisten.

### Die revolutionären Gewerkschaften (NAS)

In der seit 1893 bestehenden revolutionären Gewerkschaftszentrale (NAS) hatte sich im Laufe ihres jahrelangen Kampfes gegen die reformistischen und christlichen Gewerkschaften eine eigene Ideologie herausgebildet, die, obwohl sie durch die Ereignisse der russischen Revolution und die revolutionären Kämpfe in Mitteleuropa stark beeinflußt und in zeitgemäß revolutionärem Sinne umgebogen wurde, immerhin der Durchführung einer kommunistischen Gewerkschaftstaktik große Schwierigkeiten in den Weg legte.

Nachdem die KPH im Jahre 1921 ihre ultralinke, nur auf den NAS eingestellte Gewerkschaftstaktik aufgegeben hatte, versuchte sie den Kampf und die Organisation der gespaltenen Gewerkschaftsbewegung zu vereinheitlichen. Sie tat das aber dermaßen mechanisch und ohne Berücksichtigung der Jahrzehnte alten Tradition des NAS, daß es ihr nicht nur nicht gelang, die revolutionären Verbände zu gewinnen, sondern daß sie mit dem NAS in offenen Gegensatz geriet. Erst nachdem sich der anarchistische Flügel im Verlauf des Kampfes um den Anschluß an die RGI vom NAS abgespalten hatte, und nachdem im Mai 1925 die alte Führung der KPH zurückgetreten war, konnte allmählich der scharfe Gegensatz zwischen der KPH und dem NAS überwunden werden. Aber auch jetzt noch bereitet das in den Jahren 1920 bis 1925 entstandene Mißtrauen der NAS-Arbeiter der Partei große Schwierigkeiten bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik, bei der Zusammenarbeit mit Fimmen und dem linken Flügel der reformistischen Verbände.

Auf dem Kongreß des NAS, der Ende Dezember 1925 in Amsterdam abgehalten wurde, wurde der Anschluß an die Profintern endgültig beschlossen. Der Kongreß nahm die Resolutionen, die von der RGI über die Einheitsfronttaktik und die Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der reformistischen Verbände aufgestellt worden waren, gegen nur wenige Stimmen an. Trotzdem gibt es im NAS noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Der NAS hat jedoch während des englischen Streiks die Solidaritätsaktion der holländischen Arbeiterschaft nach Kräften gefördert, obwohl hierbei zu bemerken ist, daß auch jetzt noch die Führung des NAS eine Zusammenarbeit mit der KPH zu umgehen versuchte und dadurch den Druck der linksorientierten Arbeiter auf die reformistischen Führer beeinträchtigte. Es ist die Aufgabe der KPH, mit Hilfe ihrer Fraktionen im NAS die noch bestehenden Schwierigkeiten und Unklarheiten zu überwinden und eine Zusammenarbeit des NAS mit den linken Arbeitern in den reformistischen Verbänden zu erreichen.

Diese Aufgabe der Partei wurde in den letzten Monaten dadurch erschwert, daß die führenden Kommunisten im NAS-Vorstand und in den Föderationsvorständen jeglicher Zusammenarbeit mit der Parteizentrale aus dem Wege gehen, die Sitzungen der Zentrale, der Gewerkschaftskommissionen und der anderen betreffenden Parteiinstanzen nicht besuchen, sich weigern, an der Fraktionsarbeit der Partei teilzunehmen und bestrebt sind, im NAS eine völlig von der Partei „unabhängige“ und mit der Gewerkschaftspolitik der Partei in Widerspruch stehende Politik durchzuführen.

### Die reformistischen Gewerkschaften (NVV)

In den reformistischen Verbänden (NVV) sind objektive Bedingungen für eine erfolgreiche Oppositionsarbeit vorhanden. Während der letzten Jahre haben die reformistischen Führer versucht, jede Bewegung der Arbeiter abzuwürgen. Alle Streiks gegen die Offensive des Kapitals gingen verloren. Die reformistische Taktik beginnt bei den Massen auf Widerstand zu stoßen. Nachdem die Mitglieder in der Praxis erfahren haben, daß die Taktik der rein ökonomischen Teilstreiks versagt hat, orientierten sie sich immer mehr und mehr nach links. Stenhuis brachte die Stimmung der Massen zum Ausdruck, indem er auf dem Kongreß der SDAP eine Aenderung der Methoden des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes vorschlug.

Der im Oktober abgehaltene Kongreß des NVV brachte aber, nachdem die rechten Führer eine scharfe Kampagne gegen Stenhuis durchgeführt hatten, seine völlige Kapitulation. Stenhuis erklärte, daß er sich in Zukunft unter Anerkennung der Resolution des Hauptvorstandes des NVV vom 20. Mai — die besagte, daß für das NVV keinerlei Abänderung der bisher befolgten Taktik notwendig sei — dem Hauptvorstand des NVV fügen wollte.

Ein formaler Beschluß über den Ausschluß von Kommunisten aus den reformistischen Gewerkschaften (NVV) wurde nicht gefaßt, doch in der Praxis befolgen die meisten Gewerkschaftsleitungen die von Stenhuis 1925 aufgestellte Losung: Kein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten, keine Erörterung ihrer Anträge; wenn sie auch nicht am Reden gehindert werden sollen, so sind doch ihre Artikel in der Gewerkschaftspresse nicht zu veröffentlichen, und wenn sie sich „ungebührlich“ benehmen, so sind sie sofort auszuschließen. In einer Reihe von Gewerkschaften (Eisenbahner, Metallarbeiter usw.) wurden kommunistische Mitglieder aus den geringfügigsten Anlässen ausgeschlossen, so wegen Einladung Fimmens zu Versammlungen, wegen Stellung eines Antrags auf Absendung einer Delegation nach der USSR usw.

Die Berichte der englischen, der belgischen und der deutschen Arbeiterdelegationen, die die USSR besuchten, die internationale Tätigkeit Fimmens und die vor einem Jahre erfolgte Gründung seines Organs „De Eenheid“ haben jedoch dazu beigetragen, daß ein Teil der reformistischen Arbeiter bewußt immer mehr in Gegensatz zu den reformistischen Führern gerät.

Im Laufe dieses Jahres sind in einer Reihe von Städten „Einheitskomitees“ entstanden (32), die ursprünglich von Fimmen und Schmidt (Redakteure des Organs „De Eenheid“) nur als lose Verbindungen zur Verbreitung dieses Organs gedacht waren, die aber unter dem Einfluß des englischen Bergarbeiterstreiks und der schnell zunehmenden Rechtsentwicklung der holländischen Sozialdemokratie (ihre Vorbereitung zur Koalitionsregierung mit den Katholiken) auf dem Wege sind, Kampforgane, eine Minderheitsbewegung in den reformistischen Verbänden zu werden.

Die KP Hollands gab ihren Fraktionen in den Komitees Anweisungen, diese Umgestaltung der Komitees systematisch zu beschleunigen, und es gelang ihr, bis September etwa die Hälfte dieser Komitees in dieser Richtung zu bestimmen.

Die praktische Tätigkeit der Komitees machte sich schon auf den Versammlungen der reformistischen Gewerkschaften bemerkbar. Es wurden

Resolutionen eingebracht zugunsten der Unterstützungsaktion für die englischen Bergarbeiter, für Einheitsverhandlungen zwischen den reformistischen und revolutionären Gewerkschaften, für die Entsendung einer holländischen Arbeiterdelegation nach der USSR usw.

Die reformistischen Führer, auch Stenhuis, führten bereits eine scharfe Kampagne gegen die Komitees, ihre Presse forderte ihre Auflösung, das Eingehen des Organs von Fimmen und Schmidt und den Ausschluß aller Fraktionsbildner aus den Gewerkschaften. Einige Ausschlüsse wurden bereits vollzogen.

Ende September veröffentlichte das Organ des NVV „De Stryd“ ein Rundschreiben der Gewerkschaftskommission der KPH, das Richtlinien enthielt über die Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den Einheitskomitees. Die Fraktionen bekamen darin die Anweisung, die Komitees zu Organen der Minderheitsbewegung in den reformistischen Verbänden auszubauen. „De Stryd“ forderte kategorisch, daß Fimmen und Schmidt die Einheitskomitees liquidieren und „De Eenheid“ aufheben sollten.

Die nächste Nummer der „Eenheid“ antwortete zwar, daß das Organ und die Komitees nicht liquidiert werden sollten, griff aber zu gleicher Zeit die KPH wegen ihrer Fraktionsbildung in den reformistischen Verbänden und in den Einheitskomitees scharf an.

Am 3. Oktober fand in Amsterdam eine Konferenz der Einheitskomitees statt, die von den Redakteuren Fimmen und Schmidt einberufen worden war.

Die Einberufer der Konferenz beabsichtigten eine klare Trennung von den Kommunisten. Schmidt hielt eine scharfe Rede gegen die KPH, der er jede Existenzberechtigung absprach. Die vorgelegte Resolution, die sich nicht klar mit den praktischen Tagesforderungen der holländischen Arbeiterschaft befaßte, war auf eine Provokation der revolutionären Gewerkschaften zugeschnitten. Die Resolution konnte nur nach einer scharfen Diskussion, in der Schmidt mit seinem Rücktritt drohte, mit einer schwachen Mehrheit zur Annahme gelangen. Während Fimmen noch vor einigen Monaten die Auffassung vertrat, daß nicht die einzelnen NAS-Organisationen aufgelöst werden und in reformistischen Organisationen aufgehen sollten, sondern daß sich die Einigung zwischen den beiden Zentralen vollziehen müsse, enthielt die Resolution einen Passus über die Auflösung der NAS-Föderationen in den reformistischen Verbänden. Die Diskussion konnte nicht zu Ende geführt werden und soll in einer zweiten Konferenz, die nach der Rückkehr Fimmens von seiner mexikanischen Reise stattfinden soll, fortgesetzt werden.

Die Resolution hat den folgenden Wortlaut:

„Die Genossen, die sich um „de Eenheid“ gruppieren, stellen sich folgende Punkte als Ziel:

1. Verstärkung und Revolutionierung der „modernen“ (reformistischen) Arbeiterbewegung, (d. h. der reformistischen Gewerkschaften und der SDAP — D. Ref.), die sie auch in Holland als eine Bewegung betrachten, die die beste Möglichkeit bietet, die Arbeiterklasse zur Macht zu bringen. Systematische Bekämpfung jeder Tendenz, die die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung herbeiführt
2. Organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung:
  - a) international: in erster Linie mit den russischen Gewerkschaften. Aufnahme dieser Organisationen in den Berufsekretariaten. Verschmelzung des IGB mit der Profintern.

b) National: mit so vielen Arbeitern, wie nur möglich; jedenfalls mit allen, die den Standpunkt des Klassenkampfes vertreten; d. h. für Holland Verschmelzung von NVV und NAS; das kann unter den jetzigen Umständen nur Auflösung der NAS-Organisationen in den Organisationen des NVV bedeuten.

3. Fortwährende und konsequente Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern über den internationalen Klassenkampf und die internationale Solidarität, bewußte organisatorische und theoretische Vorbereitung zu nationalen und internationalen Massenaaktionen. Bedingungslose Abweisung aller Zusammenarbeit — national und international — mit der Bourgeoisie, d. h. Widerstand gegen die Block- und Koalitionspolitik und deren Vorbereitung.

4. Völliges Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in den Gewerkschaften bei allen prinzipiellen, organisatorischen und taktischen Fragen.

5. Bekämpfung des Faschismus und Verteidigung der russischen Revolution.

6. Unterstützung der Ostvölker in ihrem Kampf für die völlige politische und wirtschaftliche Befreiung von den sie unterdrückenden fremden Mächten, die holländische mit einbegriffen.“

Der erste Punkt der Resolution, bei dem die reformistischen Gewerkschaften und die sozialdemokratische Arbeiterpartei als Grundlage der Arbeiterbewegung genommen wurden, war auf den Bruch mit den Kommunisten zugeschnitten, der zweite Punkt: die „Auflösung“ der NAS-Föderationen in den reformistischen Verbänden bezweckte die klare Trennung von dem NAS. — Bei dem sechsten Punkt stellte sich in der Diskussion heraus, daß Fimmen und Schmidt in der für die holländische Arbeiterklasse wichtigsten Frage — der indonesischen —, den reformistischen Standpunkt vertreten. Fimmen erklärte nämlich, daß dieser Punkt nicht die Forderung „Indonesien frei von Holland“ bedeutete. Er führte hierüber folgendes aus:

„In der Ostfrage können wir die Losung „Indonesien frei von Holland“ nicht ohne weiteres unterstützen. Sie ist sehr allgemein; eine Unterdrückung durch eine andere Weltmacht könnte viel schlimmer sein als die durch die niederländische Macht. Wir müssen der indischen Arbeiterklasse helfen, sich aus dem Griff des internationalen Kapitalismus zu befreien.“

In diesem Punkt nimmt also Fimmen denselben Standpunkt ein wie die holländischen rechten Reformisten, die ebenfalls die holländische Unterdrückung Indonesiens als das kleinere Uebel betrachten und mit dieser Ausrufe ihre Unterstützung des holländischen Imperialismus beschönigen.

Die kommunistische Fraktion auf der Konferenz stand vor der schwierigen Aufgabe, die von Fimmen und Schmidt beabsichtigte Spaltung zu verhindern, und es ist ihr auch gelungen, der Isolierung der Kommunisten von den Komitees, die trotz allen ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten die Anfänge einer organisierten Minderheitsbewegung darstellen, vorzubeugen.

Leider muß festgestellt werden, daß die Führer des NAS auf die Provokation von Schmidt, die er mit seiner Rede, seinen Artikeln in „De Eenheid“ und einigen Stellen der Resolution bezweckte, eingegangen sind. Sie forderten sowohl einen scharfen Kampf gegen Fimmen-Schmidt und den Bruch mit ihnen, als auch den Austritt der Kommunisten aus den Einheitskomitees.

Nach der Konferenz setzte in „De Tribune“ eine Diskussion ein, wobei eine Reihe im NAS organisierter Genossen diesen Standpunkt vertraten; einige Genossen spitzten die Frage zu, indem sie die Forderung aufstellten,

die KPH müsse jetzt wählen zwischen Fimmen-Schmidt und dem Bündnis mit dem NAS.

Die Mehrheit der Genossen und die Redaktion traten dafür ein, daß die Kommunisten jetzt ihre Arbeit in den Einheitskomitees verstärken, in ihnen die Mehrheit erobern und sie zu Organen einer kampffähigen Minderheitsbewegung in den reformistischen Gewerkschaften ausbauen müssen.

„De Tribune“ stellte fest, daß Schmidt und Fimmen als schwankende linke Sozialdemokraten vor dem wachsenden Einfluß der Kommunisten in den Komitees und vor den Drohungen der rechten Reformisten zurückgewichen waren. Schon in den letzten Monaten war die Haltung der Eenheid-Redakteure eine schwankende gewesen. Sie hatte zwar die Haltung der englischen Rechten und ihrer holländischen Gesinnungsgenossen scharf angegriffen und zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter aufgerufen, aber eine einheitliche Unterstützungsaktion zugunsten der englischen Bergarbeiter gemeinsam mit der KPH und dem NAS zurückgewiesen, weiter hatten sie die Haltung der linken Mitglieder des englischen Generalrats beschönigt; sie weigerten sich, etwas zur Vorbereitung der Einstellung des Kohlentransportes über die holländischen Häfen zu unternehmen. Die Redaktion hatte in bezug auf den Tageskampf der holländischen Arbeiterschaft keine klare Linie und sprach sich nicht über die verräterische Haltung der reformistischen Führer im Hamburger und Dünkirchener Hafendarbeiterstreik aus, wie sie auch nichts über die Sabotage der Gewerkschaftseinheit in Bulgarien schrieb, obwohl „De Tribune“ sie wiederholt aufgefordert hatte, sich zu diesen Fragen zu äußern. Statt dessen übte die letzte Nummer der Zeitung eine ausgiebige Kritik an — den Kommunisten. Trotzdem wäre es ein verhängnisvoller Fehler — schrieb „De Tribune“ —, wenn die Kommunisten aus den Einheitskomitees austreten würden. Gerade im Gegenteil müssen jetzt, wo durch die neue Rechtsschwenkung von Stenhuis für uns die Gelegenheit günstig ist, um Einfluß in den reformistischen Gewerkschaften zu gewinnen, die Kommunisten ihre Arbeit in den Komitees stärken und versuchen, sie zu kampffähigen Organen der Minderheitsbewegung auszubauen.

Die Zentrale der KPH nahm am 16. Oktober zu dieser Frage Stellung. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Zentrale der KPH beschließt hinsichtlich der am 3. Oktober abgehaltenen Konferenz des Einheitskomitees und der Art und Weise, wie das Organ „De Eenheid“ redigiert wird:

1. daß die im NVV organisierten Genossen trotz der Absicht der Redaktion der „Eenheid“, sie aus den Komitees herauszudrängen, die Aufgabe haben, ihre Arbeit in den Komitees zu verstärken.
2. daß eine scharfe aber sachliche Kritik geübt werden muß, um die Arbeiter des NVV davon zu überzeugen, daß die Art und Weise, wie die „Eenheid“ redigiert wird, schädigend für die Revolutionierung und die Einheit wirkt.
3. daß diese Kritik sowohl in „De Tribune“ als in anderen Parteiorganen und in den Einheitskomitees von den Genossen selbst geübt werden muß.
4. daß es jetzt notwendig ist, gegenüber den Angriffen auf die KP Hollands zu betonen, daß es die Aufgabe der „Eenheid“ ist, die internationalen (England, Bulgarien usw.) und die nationalen Ereignisse und Fragen des Gewerkschaftskampfes zu behandeln, und daß die Redaktion der „Eenheid“ diese Aufgabe in den letzten Monaten völlig vernachlässigt hat.“

„De Tribune“ vom 23. Oktober nahm noch einmal in einem Leitartikel zu dieser Frage Stellung und warnte die Genossen des NAS vor einem Schritt, der einen Konflikt mit der Partei und der Taktik der Profintern heraufbeschwören würde.

Die Zeitung stellt fest, daß die führenden Genossen des NAS und Mitglieder der Partei in einer von der Zentrale zur Besprechung dieser Frage einberufenen Sitzung nicht erschienen sind. „De Tribune“ konstatiert dagegen mit Befriedigung, daß aus der Diskussion hervorgeht, daß die übergroße Mehrheit der Genossen, die sich in der Zeitung und in den Parteiorganisationen äußerten, den richtigen Standpunkt des Verbleibens in den Komitees und deren Ausbau vertreten hat.

Es ist kein Zufall, daß die Kapitulierung Stenhuis zusammenfällt mit dem Zurückweichen der Redaktion der „Eenheid“ (Fimmen und Schmidt) vor den Rechten, mit ihrer Abgrenzung von uns und ihrem Angriff auf die Kommunisten.

Sowohl Stenhuis als Schmidt-Fimmen sind zurückgeschreckt vor den Konsequenzen des englischen Bergarbeiterstreiks, der sie auch in Holland vor Aufgaben stellte, die zu einem harten Konflikt mit der rechten Mehrheit führen mußten.

Sie standen vor der Wahl, zusammen mit den Kommunisten die schnell anwachsende oppositionelle Stimmung in der Mitgliedschaft der holländischen reformistischen Gewerkschaften organisatorisch in einer bewußten Minderheitsbewegung zusammenzufassen und den Konflikt mit den Rechten durchzukämpfen oder vor diesen zu kapitulieren, und von einer Zusammenfassung der Minderheit abzusehen. Sowohl Stenhuis als Schmidt-Fimmen haben diese Konsequenzen ihrer Linksentwicklung, die im Jahre 1923 angefangen hat, nicht zu ziehen gewagt.

Trotz ihrer Kapitulation vor den Rechten wird aber die Linksentwicklung der Mitgliedschaft der reformistischen Verbände weiter fortschreiten.

Die Periode der zufälligen, Aufsehen erregenden revolutionären Reden einzelner „linken“ Führer ist zum Abschluß gekommen. Es beginnt die Periode der mühsamen, systematischen Organisierung einer kampffähigen Minderheitsbewegung. Die Leitung der KP Hollands hat jetzt die ersten richtigen Schritte zu der Zusammenfassung der oppositionellen reformistischen Arbeiter getan. Es ist die Hauptaufgabe der Partei, ihre Kraft auf diese Arbeit zu konzentrieren.

✽

Außer den Einheitskomitees sind in den reformistischen Verbänden noch andere Ansätze zu einer organisierten Minderheitsbewegung zu verzeichnen. So gründete vor einigen Monaten die kommunistische Fraktion in der Rotterdamer Sektion des reformistischen Eisenbahnerverbandes ein Aktionskomitee, das 200 Mitglieder umfaßt und eine Wochenschrift für die Eisenbahner herausgibt. Auch in der Amsterdamer Sektion des Eisenbahnerverbandes wird ein derartiges Aktionskomitee von der kommunistischen Fraktion vorbereitet.

#### Die christlichen Verbände

Die katholischen Verbände hatten im Jahre 1920 160 000 Mitglieder, ihre Mitgliederzahl ist nach der Krise und den verlorenen Streiks auf 93 000 zu-

rückgegangen. Sie rekrutieren ihren Anhang vor allem aus den katholischen Südpfanden, wo der Einfluß der sozialdemokratischen Bewegung noch schwach ist. Die katholischen Verbände lehnen Streiks nicht ab, sie haben sich an allen größeren Streiks der letzten Jahre beteiligt. Ihre Spitzen stehen stark unter dem Einfluß der Pfaffen, die aber zeitweilig als Ventil gegen die stark zunehmende Unzufriedenheit eine gewisse politische Radikalisierung tolerieren. Die demokratische Revolte in der katholischen Staatspartei wird hauptsächlich von der katholischen Arbeiterschaft getragen, die dort vor einiger Zeit eine Abspaltung durchsetzte und die „Katholische Volkspartei“ gründete. Es gelang dieser Partei bei den Juli-Wahlen des Jahres 1925 ein Parlamentsmandat zu erobern. Es ist Aufgabe der KPH, auch in die katholischen Verbände einzudringen und dort die Linksorientierung zu fördern; wenn die KPH zahlenmäßig stärker geworden und besser organisiert ist, kann ihr das zweifelsohne gelingen. Schon jetzt muß sie bei der Aufstellung der Forderungen für die Einheitsfront mit den katholischen Arbeitern rechnen. Es wäre aber ein Fehler, wenn die Partei Auffassungen aus den NAS-Kreisen Konzessionen machte, die die organisatorische Einheit vom NAS und NVV verschieben möchten, unter Voranstellung der allgemeinen Gewerkschaftseinheit auch mit den katholischen Verbänden.

Die Christlichen Verbände (Kalvinisten) kämpfen nur in vereinzelt Fällen. Sie treten meist offen als Streikbrecher auf. Sie sind aus rückständigen Arbeitern der Kleinbetriebe zusammengesetzt, umfassen aber auch die aus den Fischerdörfern stammenden Arbeiter der Großfischereien. Mit diesen zuletzt genannten Arbeitern bestehen einige Verbindungen durch die Transportarbeiterföderation des NAS.

#### Die anarcho-syndikalistischen Verbände

Die anarcho-syndikalistischen Verbände, die sich im Jahre 1923 mit einer Mitgliederzahl von 9000 vom NAS abspalteten, sind auf etwa 5000 Mitglieder zurückgegangen. Es besteht ein scharfer Gegensatz zwischen den extrem-anarchistischen Elementen und den mehr reformistisch angehauchten. Es besteht die Möglichkeit einer neuen Spaltung und der Rückkehr eines Teiles der Zigarrenarbeiter, der Textil- und Metallarbeiter zum NAS. Das Bestehen dieser Zentrale gab einem Teil der NAS-Führer Gelegenheit, unter dem Vorwand, daß die NAS-Arbeiter nach den anarcho-syndikalistischen Verbänden desertieren könnten, ein engeres Bündnis mit der KPH zu vermeiden, der Propagierung der organisatorischen Einheit vom NAS und NVV auszuweichen und der Arbeit in den Firmen-Organisationen Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

#### Die neutralen Verbände

Die neutrale Zentrale ANV, die unter dem Einfluß der bürgerlichen Demokraten steht, befindet sich faktisch in Auflösung. Die Sozialdemokraten und die reformistischen Verbände haben mittels Fraktionsbildung innerhalb der neutralen Gewerkschaften zuerst die Verschmelzung der neutralen und reformistischen Zentrale auf die Tagesordnung gesetzt, und nach dem Scheitern der Einheitsverhandlungen Teile der neutralen Verbände zu sich hinübergezogen.

### Die nächsten Aufgaben der KP Hollands

Die holländische Gewerkschaftsbewegung ist nicht nur außerordentlich zersplittert, sondern sie umfaßt auch nur einen geringen Teil der Gesamtzahl der Lohnempfänger — 1 800 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Seit dem Jahre 1920 ist die Zahl der in den Gewerkschaftszentralen organisierten Arbeiter von 670 000 auf 380 000 zurückgegangen. In einigen Industriezweigen war der Prozentsatz der Organisierten ein verhältnismäßig hoher, so bei den Typographen 78 Prozent, bei den Eisenbahnern 84 Prozent, bei den Tabakarbeitern 83 Prozent; bei den Bergarbeitern (30 Prozent), Metallarbeitern (33 Prozent), Fabrikarbeitern (28 Prozent), Transportarbeitern (30 Prozent) dagegen ist der Prozentsatz ein niedriger.

Die Aufgabe der KPH besteht also nicht nur darin, die Einheit der zersplitterten Gewerkschaftsbewegung zu erstreben, um die Führung der organisierten Arbeiter zu kämpfen, sondern die Partei muß auch eine systematische Kampagne führen, um die nicht organisierten Arbeiter in die Gewerkschaften hereinzuziehen.

Die nächsten Aufgaben der KPH auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit kann man wie folgt zusammenfassen:

1. Ausarbeitung eines Aktionsprogramms, konkrete Tagesforderungen und Umbau der Gewerkschaften auf Grund der Industrieverbände und der proletarischen Demokratie, als Grundlage für die Organisation einer kampffähigen Minderheitsbewegung in den reformistischen, neutralen und katholischen Verbänden.
2. Aufstellung eines konkreten Programms für die Gewerkschaftseinheit auf Grundlage des Aufgebens der organisatorischen Verbindung der reformistischen Gewerkschaften mit der SDAP, der Einführung der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften und der Freiheit der Propagierung revolutionärer Kampfmethoden.
3. Organisation einer Minderheitsbewegung, Unterstützung jedes Versuches der Arbeiter, sich der Taktik der reformistischen Führer zu widersetzen. Zusammenarbeit mit den einzelnen Organen und Verbindungen linker Arbeiter in den reformistischen Verbänden (Einheitskomitees Fimmen-Schmidt, Aktionskomitees usw.) und Umbildung dieser Organe zu Organen einer bewußten Minderheit.
4. Organisation einer kommunistischen Fraktion in jeder Gewerkschaft. Ausarbeitung konkreter Richtlinien für die Arbeit der Fraktionen in den Gewerkschaften, Einheitskomitees, Aktionskomitees usw.
5. Endgültige Regelung des Verhältnisses und der Zusammenarbeit der Partei mit dem NAS.
6. Ausbau der kommunistischen Fraktion im NAS, deren Hauptaufgabe es sein muß: a) die NAS-Arbeiter dafür zu gewinnen, daß das NAS die Minderheitsbewegung in den reformistischen, neutralen und katholischen Verbänden unterstützt, mit ihr, wo das nur möglich ist, zusammenarbeitet und eine derartige konkrete Einheitspolitik führt, daß die reformistische Arbeiterschaft die Ueberzeugung gewinnen kann, daß das NAS die Einheit auf Grundlage des unter Punkt 2 genannten Programms tatsächlich verwirklichen will; b) bestimmend und fördernd auf einen systematischen und rationalen Ausbau des NAS hinzuwirken, und zwar in denjenigen Betrieben und Berufszweigen, die dazu die Möglichkeit bieten.
7. Gewinnung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter für die aktive Unterstützung des Kampfes der indischen Arbeiter und Bauern um die völlige Befreiung Indonesiens vom holländischen Imperialismus.
8. Die Propaganda für die Entsendung holländischer Arbeiterdelegationen nach der USSR in den Gewerkschaften.
9. Durchführung einer breiten Kampagne für den Eintritt der nicht organisierten Arbeiter in die Gewerkschaften.

## JAY LOVESTONE: DIE ARBEITER-LEUTNANTS DES AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS

Die amerikanische Arbeiterbewegung ist heute in politischer Hinsicht rückständiger als irgendeine Arbeiterbewegung eines der großen kapitalistischen Länder. Sogar die gelbe Amsterdamer und die Zweite Internationale sind zu rot, zu aktiv für die amerikanische Federation of Labor.

Im allgemeinen arbeiten die bürokratischen Spitzen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung frech und aggressiv als Agenten des schlimmsten amerikanischen Imperialismus. Unsere Arbeiterführer dienen mit nur ganz geringen Ausnahmen hauptsächlich als Arbeiter-Leutnants des amerikanischen Imperialismus in den Reihen der organisierten und unorganisierten Arbeiter. Diese Gewerkschaftsbürokraten reagieren schnell und entschlossen auf die Bedürfnisse und Forderungen der Yankee-Imperialisten.

### „Arbeiterführer“ als Schrittmacher der Reaktion

In der Tat, jene Arbeiterführer, von denen Engels als von den Leutnants des Kapitals in den Reihen der englischen Arbeiterschaft sprach, waren, verglichen mit vielen Bürokraten, die jetzt die amerikanische Gewerkschaftsbewegung unsicher machen, stürmische Kämpfer. Ja, nur zu oft kann man feststellen, daß unsere amerikanischen Arbeiterführer eine viel reaktionärere Politik verfolgen als manche Gruppen von mächtigen Kapitalisten.

Unter solchen Führern sind unsere Gewerkschaften vollkommen machtlos. Unter solchen Führern sind höchstens 3,5 Millionen von über 20 Millionen Industriearbeitern organisiert. Diese Führer sind es, die alle Anstrengungen zur Organisierung der Unorganisierten, zum Aufbau einer Labor Party sabotieren; sie sind bestrebt, die Kommunisten und andere aktive Arbeiter aus den Gewerkschaften auszuschließen. Diese Gewerkschaftsbürokratie wird repräsentiert durch solche notorisch korrumpierte Typen wie John L. Lewis, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes von Amerika, Matthew Wolk, Vorsitzender der Photograueurgewerkschaft von Nordamerika, und Major Berry, Vorsitzender des Internationalen Buchdrucker- und Gehilfen-Verbandes von Nordamerika, die eine nationale Konferenz zur Bekämpfung des Kommunismus in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung einberufen.

Was für ein Typ von Leuten findet sich in der offiziellen amerikanischen Gewerkschaftsbewegung? Wie eng sind sie mit den einfachen Massen in ihren Gewerkschaften verbunden? Welches ist die Haltung dieser Bürokraten gegenüber den Arbeitern, zu den Unternehmern, zur Regierung? Wie hoch sind die Gehälter, die sie für ihre treuen Dienste beziehen? Welches sind ihre Interessen und Bestrebungen, „worauf sind sie aus,“ wie wir in Amerika sagen?

Bei der Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen werden wir zu einem genauen, allerdings wenig erhebenden Bild des gegenwärtigen Zustandes der Führerschaft der amerikanischen Arbeiterbewegung kommen. Wir werden hier einen Krebs finden, der am politischen Körper der amerikanischen Arbeiterklasse zehrt.

### Führer und Arbeiter

Die große Mehrzahl der amerikanischen Gewerkschaftsbeamten, vom kleinen lokalen Geschäftsleiter bis zum Präsidenten eines ganzen Gewerkschaftsverbandes, empfindet Verachtung für die Arbeiter, die sie für unter sich stehend halten. Diese Arbeiter-Leutnants von Wall-Street fühlen sich mehr zu den Unternehmern als zu den Arbeitern hingezogen; dies gilt besonders für den Fall, daß sie hohe Positionen in der Gewerkschaftsbewegung inne haben.

Die Gewerkschaftsbeamten ahmen die bürgerlichen Politiker nach, sie führen die Arbeiter irre, die in ihren Organisationen Beschwerden vorbringen oder Abhilfe von Uebelständen verlangen. Diese Bürokraten entwickeln in ihrem Verhalten zu ihren Mitgliedern und in der Haltung gegenüber ihrer eigenen Arbeit in der Arbeiterbewegung einen äußerst schädlichen Zynismus.

Sie leben bequem, bekommen sehr hohe Gehälter, und infolgedessen entsteht eine — oft unübersteigbare — Schranke zwischen ihnen und der breiten Masse der Arbeiterschaft. Sogar der durchschnittliche niedrige Gewerkschaftsangestellte hat ein Einkommen, das 200 bis 300 Prozent höher ist als das eines Arbeiters des Berufes, dessen Gewerkschaft er leitet. In den stärkeren Gewerkschaften erhält der lokale Geschäftsleiter, der meist die Unstimmigkeiten in einzelnen Betrieben beizulegen und überhaupt die täglichen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu regeln hat, ein durchschnittliches Minimum von 60 bis 70 Dollars wöchentlich. Wir sprechen hier vom Geschäftsleiter der Gewerkschaften von gelernten Berufen. Aber der durchschnittliche gelernte Arbeiter verdient, wenn man die Lohnentgänge infolge unregelmäßiger Beschäftigung mitzählt, während des Jahres durchschnittlich nicht mehr als ungefähr 35 Dollars wöchentlich.

Die Gehälter der Präsidenten — der internationalen Präsidenten der amerikanischen Gewerkschaften — betragen 3000 bis 25 000 Dollars jährlich, wozu noch alle möglichen sonstigen Vergünstigungen kommen. In den gut organisierten Berufen betragen die Gehälter der internationalen Präsidenten der Gewerkschaften 7500 bis 10 000 Dollars jährlich.

### Die hohen Kosten der amerikanischen Arbeiterführer

Die hochbezahlten Bürokraten geben vor allem zwei Gründe an für die unerhörten Lohnforderungen, die sie den von ihnen geleiteten und ruinierten Gewerkschaften gegenüber geltend machen. Und zwar:

1. Der Gewerkschaftsangestellte verkauft seine Arbeitskraft ebenso wie jeder andere Arbeiter. Die Arbeitskraft ist eine Ware. Die Gewerkschaftsführer sind hochqualifizierte Individuen. Sie bieten ihre Ware auf dem Arbeitsmarkte zum Verkauf aus. Die Gewerkschaft muß für den Kauf dieser Ware, für die Anstellung dieser „fähigen Leute“, die Unternehmer überbieten. Natürlich, wenn zwei Angebote aufeinanderstoßen — wenn

eine Arbeitergewerkschaft gegen einen Unternehmer oder eine Gruppe von Unternehmern konkurrieren muß, um die „Dienste“ dieser hochqualifizierten Leute zu erlangen, so geht der Preis dieser Ware in die Höhe. Darum steigen die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten von mächtigen Gewerkschaften ins Unendliche.

Das ist der Hauptgrund, warum die Gewerkschaftsführer sehr oft zugleich von den Kapitalisten und von den Gewerkschaften für die „geleisteten Dienste“ unterstützt und entlohnt werden. Erst vor einigen Monaten zeigte sich, daß Frank Farrington, Vorsitzender im Bezirk XII, Illinois des Bergarbeiterverbandes von Amerika von der Peabody-Kohlengesellschaft, einer der größten und übelsten gewerkschaftsfeindlichen Unternehmungen im Lande, mit einem Gehalt von 25 000 Dollar jährlich angestellt war, während er gleichzeitig ein Gehalt vom Bergarbeiterverband bezog.

Oft lassen sich reaktionäre Arbeiterführer, die bei Gewerkschaftswahlen durchgefallen sind, von einer Unternehmung derselben Industrie anstellen, deren Gewerkschaft sie abgelehnt hat. Aber die Arbeiterbewegung ist im ganzen so rückständig, sie ermangelt so sehr des Klassenbewußtseins, daß selten ein solches Uebergehen zur Kapitalistenklasse unter diesen Umständen verurteilt wird.

Ein Gewerkschaftsbeamter von diesem Schlage wird oft offen zugeben, daß er „hingegangen ist, um möglichst viel herauszubekommen“.

2. Der zweite Grund, der für die hohen Gehälter angeführt wird, die die Arbeiter-Leutnants von den Gewerkschaften erhalten, ist, daß die Gewerkschaftsvertreter gleichberechtigt mit den Leuten leben, sich gleichberechtigt mit den reichen Unternehmern fühlen sollen, mit denen sie bei den Verhandlungen „an einem Tische“ sitzen! Diese Führer behaupten, daß sie in guten Verhältnissen leben müssen, um die besten Kontrakte für ihre Gewerkschaften mit den Unternehmern abschließen zu können, daß sie in denselben Hotels mit den Unternehmern leben, sich wie sie kleiden und in jeder Weise wie sie auftreten müssen. Diese Gewerkschaftsbeamten tragen geflissentlich den Wunsch zur Schau, mit den Unternehmern im besten persönlichen Einvernehmen zu verkehren. Sie halten es für eine Errungenschaft und für einen Beweis ihrer Begabung als Arbeiterführer, wenn sie in so guten Beziehungen zu den Unternehmern stehen, daß sie sie beim Vornamen nennen können.

Natürlich halten die internationalen Präsidenten gewöhnlich die Methode des „runden Tisches“ für die beste und einzige Möglichkeit, einen Kampf gegen die Kapitalisten zu führen. Sie verabscheuen Aktionen der Arbeiter selbst, wie z. B. Streikpostenketten, Demonstrationen und breite Kampfaktionen gegen die Streikbrechermethoden der Regierung und unhaltbare Arbeits- und Lebensbedingungen. Statt dessen lassen sich die hochbezahlten Arbeiterführer einiger dieser Gewerkschaften oft dazu herab, berufsmäßige Raufbolde anzustellen, um Streikbrecher zu verprügeln. Man hat auch häufig berufsmäßige Raufbolde verwendet, um aktive Mitglieder aus den Gewerkschaften zu entfernen, oder einen gewalttätigen Angriff auf Kommunisten auszuführen. Diese Methode ist besonders charakteristisch für gewisse sogenannte sozialistische Gewerkschaftsbeamte in einigen Gewerkschaften der Nadelgewerbe.

### Auktion auf einer Labor-Konferenz

Ich möchte einen sehr charakteristischen Fall anführen, der die Wesenszüge und die Haltung der Aristokraten, der hochbezahlten Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung veranschaulichen wird. Auf dem letzten Kongreß der Organisation der Lokomotivführer, einer der ältesten und mächtigsten Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten, protestierte William B. Prenter, erster Internationaler Präsident der Organisation, in der Diskussion des Berichts des Komitees zur Untersuchung der Gehälter gegen den Vorschlag, daß sein Gehalt auf 25 000 Dollar jährlich beschränkt werden sollte und führte dabei aus:

„Ihr habt mich für 3 Jahre gewählt. Die Bruderschaft der Lokomotivbauer, die National-Genossenschaftsbank in Cleveland hat mich zum ersten Vizepräsident und Kassier ernannt. Ich habe verschiedene Stellungen inne, an denen ihr finanziell interessiert seid. Ich bin der Kassier eurer Holding Company, einer „Corporation“ eurer Bruderschaft. Ich bin der Kassier eurer Investment Company, einer Corporation, die von den Bruderschaften kontrolliert wird und den Aktienbesitzern der General Public und anderen Bruderschaften gehört. Ich bin der Präsident eurer Sparkasse von Northingham, die von der Holding Company kontrolliert wird und ihr gehört. Ich bin Direktor und Vizepräsident eurer Bruderschaft der Locomotive Engineers Trust Company von New York. Ich bin Vizepräsident der Locomotive Engineers National Bank von Boston, Massachusetts, die der Bruderschaft gehört. Ich bin Direktor und Mitglied des Verwaltungsrates der Empire Trust Company. Ich bin ein Treuhänder für die Interessen der Investment Company, der Holding Company, und der Bruderschaft in allen euren Unternehmungen.

Und ich würde es sehr vorziehen, daß ihr festsetzt, was ihr mir als Kassier für eure Bruderschaft, eure Versicherung und Pensionsabteilung aussetzen wollt, und mich meine eigenen Abmachungen für die Pflichten treffen laßt, die ich im Zusammenhang mit euren anderen Interessen zu erfüllen habe.

Die Bruderschaft der Locomotive Engineers Cooperative National Bank hat mehrere Vizepräsidenten mit Gehältern von 6000—10 000 Dollar, und ihr meint, ich werde in diese Bank gehen und die Verantwortung eines Kassiers übernehmen mit einem Gehalt von 5000 Dollar jährlich.

Ich werde das nicht tun, wenn ich diesen Institutionen nicht mehr wert bin, so haben sie sicherlich nicht den richtigen Mann gefunden. Ich bin ja nicht mit dieser Stellung verheiratet.“

Mr. Prenter protestierte gegen ein Gesamtgehalt von insgesamt 25 000 Dollar jährlich für alle seine Aemter. Er wollte für jeden seiner oben angeführten Titel im Besonderen gut bezahlt werden. Als er von einem der Delegierten des Kongresses gefragt wurde, wieso er Zeit finde, alle diese Arbeit zu leisten, antwortete er: „Hauptsächlich dadurch, daß ich 24 Stunden am Tage arbeite.“ Prenter fuhr fort:

„Ihr Burschen wollt, daß ich mich mit Leuten an einen Tisch setze, die 25 000 Dollar im Jahre verdienen. Das ist unmöglich, wenn ich nicht genug Geld verdiene, um ihre Achtung zu erlangen und meine eigene Selbstachtung zu bewahren. . . . Wenn ich gut genug bin, eure Interessen zu vertreten, so bin ich auch gut genug, selbst annähernd diese Summe zu verdienen, soweit die Gewerkschaft sie aufbringen kann.“

Ein Delegierter namens Ferguson, der etwas Sinn für Humor und einiges Pflichtgefühl gegenüber seiner Organisation hatte, erwiderte darauf:

„Bruder Prenter ist zweifellos dieser Organisation 100 000 Dollar jährlich wert, aber wenn er hier seine Pflichten und Verantwortungen und die verschiedenen Funktionen, die er inne hat, aufzählt, so scheint es mir, daß Bruder Prenter mit Verantwortung überlastet ist. Er ist in mehr Stellungen gewählt oder ernannt worden, als ein Mann aller Menschenmöglichkeit nach ausfüllen kann. . . . Wenn ihr einen Augenblick nach-

denkt, was zahlt ihr diesen Brüdern (den leitenden Gewerkschaftsangestellten) gegenwärtig? Wenn ihr es bei Lichte betrachtet — ich habe es nicht genau ausgerechnet, aber — es werden ungefähr 30 Dollars täglich sein. Das ist ein ziemlich gutes Gehalt, wenn ihr bedenkt, was die Leute erhalten, die ihn bezahlen. . . .“

Aber dann erhob sich ein Delegierter namens Burke zur Verteidigung von Prenter:

„Sicherlich wollt ihr nicht eure Exekutive mit Leuten von den Eisenbahnorganisationen zusammensitzen lassen, die ein höheres Gehalt bekommen? Ihr wollt doch sicher nicht eurem neuen Vizepräsidenten seine Energie nehmen, indem ihr ihn mit Leuten an einem Tisch sitzen laßt, die jährlich 3000 oder 4000 Dollar mehr bekommen? Das ist doch sicherlich nicht eure Absicht?“ . . .

Dann ergriff der inzwischen verstorbene Herr Stone, der frühere Präsident, das Wort und wandte sich wie folgt an die Delegierten:

„Ihr fordert für euch selbst die höchste Bezahlung der Welt. Und doch wollt ihr, daß man am wohlfeilsten von allen in der Welt arbeitet, wenn ihr die Gehälter selbst zu bezahlen habt. Ihr setzt diese Leute an einen Tisch mit Leuten, die 50 000 Dollar, 75 000 Dollar und 100 000 Dollar pro Jahr erhalten, und fordert von ihnen, daß sie — was tun sollen? Daß sie euch vertreten sollen! Ihr fordert von diesen Leuten, daß sie etwas herausholen und erwartet von ihnen, daß sie sich durchsetzen. Ihr wollt sie ausspielen gegen die fähigsten, gerissensten und klügsten Leute der Welt, die die größten Gehälter beziehen.“

Diese Ausführungen gingen einem der Massendelegierten, Mielke, auf die Nerven, so daß er aufsprang und erklärte:

„Ich möchte, daß jeder hohe Funktionär von uns ein anständiges Gehalt bezieht, aber ich sehe nicht ein, was die Argumente bedeuten sollen, die ihr, Brüder, vorbringt, wenn ihr von 15 000- oder 25 000-Dollar-Gehältern redet, sowie davon, daß solche Leute anderen an einem Tisch gegenüber sitzen, die 100 000 oder 125 000 Dollar beziehen. Ich habe in den letzten 25 Jahren monatlich 150 Dollar und manchmal auch weniger bezogen und habe am Verhandlungstisch gesessen mit Betriebsleitern, die dreimal soviel erhalten, als ich. Wenn ihr die Gehälter der hohen Funktionäre erhöhen wollt, um sie in den Stand zu setzen, irgendeinem Vizepräsidenten am Verhandlungstisch gegenüber gleichwertig auftreten zu können, dann müßt ihr das auch in bezug auf die große breite Masse tun.“

### Was kosten die Labor-Führer?

Aus dem vertraulichen Protokoll haben wir ausführliche Auszüge über die letzte Konferenz der Bruderschaft der Lokomotivführer gebracht, um in ausführlicher Weise zu schildern, welche Sorte von Führern eine der stärksten Gewerkschaften in Amerika beherrschen. Wir wollen nunmehr ein Verzeichnis über die Gehälter der Funktionäre einiger führenden Gewerkschaften der Vereinigten Staaten aufstellen:

Bezeichnung der Gewerkschaft	Funktionäre	Gehälter
Die Bruderschaft der Lokomotivführer . . . . .	Präsident	25 000 Dollar
	1. Vizepräsident	15 000 ..
	1. Oberingenieur	13 000 ..
Amerikanischer Musikerverband . . . . .	Präsident	12 000 ..
	Sekretär	7 500 ..
Maler, Tapezierer und Innendekorateure . . . . .	Präsident	6 000 ..
	Sekretär	6 000 ..
Zimmerleute und Schreiner . . . . .	Präsident	7 500 ..
Maurer und Bauleute . . . . .	Präsident	10 000 ..
	Sekretär	10 000 ..
Verband der Eisenbetonarbeiter . . . . .	Präsident	7 500 ..
	Sekretär	6 000 ..

Orden der Zugführer . . . . .	Präsident	12 000	Dollar
	Sekretär	8 000	„
	Vizepräsidenten (7)	6 000	„
Verband der Bühnengestellten . . . . .	Senioren-Vizepräsi.	8 000	„
	Präsident	6 000	„
Verband der Eisenbahnbediensteten . . . . .	Präsident	14 000	„
	Sekretär	9 000	„
Verband der Heizer . . . . .	Präsident	12 000	„
	Sekretär	10 000	„
Verband der Angestellten der städtischen Straßenbahn	Präsident	6 000	„
Verband der Zugführer . . . . .	Präsident	14 000	„
Verband der Eisenbahnbüroangestellten . . . . .	Präsident	10 000	„
Verband der Maschinisten . . . . .	Präsident	7 500	„
	Sekretär	6 500	„
Verband der Eisenbahnkondukteure . . . . .	Präsident	7 400	„
Verband der Fuhrleute und Lastautochauffeure . . . . .	Präsident	15 000	„
	Sekretär	15 000	„
	juristischer Beirat	15 000	„
	Vizepräsid. (7) je	10 000	„
	Prokuristen (3) je	10 000	„
	Organisationsleiter	10 000	„
Verband der Friseure . . . . .	Präsident	7 000	„
Vereinigter Bergarbeiterverband . . . . .	Präsident	8 000	„
	Vizepräsident	7 000	„
Verband der Elektrotechniker . . . . .	Präsident	6 500	„
	Sekretär	6 000	„

Weiterhin müssen wir noch den Umstand berücksichtigen, daß einige dieser Gewerkschaftsfunktionäre außer ihrem regulären Gehalt noch Reisespesen in Höhe von 19 Dollar pro Tag erhalten, wenn sie unterwegs sind. Einige von ihnen erhalten regelmäßig auf die Dauer des ganzen Jahres einen Zuschlag von 5 Dollar pro Tag für unvorhergesehene Ausgaben.

Viele dieser Elemente sind völlig korrumpiert und beziehen riesige Gelder dadurch, daß sie die Arbeiter bei ihren Kämpfen verraten. Viele wiederum beziehen zusätzliche Gehälter, als Funktionäre von „Arbeiterbanken“ und gewerkschaftlichen Finanzunternehmungen. Eine große Anzahl unter ihnen sind Besitzer bedeutender Kapitalien und von Aktien großer Unternehmungen.

#### Wie teuer den Arbeitern die Gewerkschaften zustehen kommen

Die amerikanischen Gewerkschaftsmitglieder zahlen alljährlich an ihre Organisationen annähernd 100 Millionen Dollar. Der größte Teil dieser ungeheuren Summe wird für Gehälter der Gewerkschaftsführer verwandt. Wenn es gut geht, so erhalten die Arbeiter als Gegenleistung dafür die Aufrechterhaltung der früheren Löhne. Von einigen Gewerkschaften und ihren Führern kann man aber nicht einmal das sagen.

In einer Reihe von Gewerkschaften sind die Vollzugsorgane in verschiedene Abteilungen eingeteilt. Die Bruderschaft der Lokomotivführer z. B. hat eine Versicherungs- und Pensionsabteilung, eine Abteilung für Kapitalanlage, während die unbedeutendste unter diesen Abteilungen die eigentliche Gewerkschaftsabteilung ist. Und dabei handelt es sich hierbei um eine der mächtigsten amerikanischen Gewerkschaften.

Die Arbeiteraristokratie, die hochqualifizierten Arbeiter erhalten einige ärmliche Brosamen von den reichbeladenen Tischen der amerikanischen

Imperialisten, die heute im Besitz der Welthegeemonie sind. Den größten Vorteil aber aus dem amerikanischen Imperialismus ziehen die Führer der „Internationalen Gewerkschaftsverbände“ innerhalb der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, d. h. der Gewerkschaften hochqualifizierter Arbeiter, die Führer der Organisationen der Aristokratie der amerikanischen Arbeiterklasse.

Zwischen der imperialistischen Macht der Vereinigten Staaten und der imperialistischen Stärke der anderen führenden großkapitalistischen Gruppen besteht ein gewaltiger Unterschied in bezug auf Korruption und Bestechlichkeit. Ein ebenso gewaltiger Unterschied besteht zwischen der Bürokratie der Gewerkschaftsverbände der weniger mächtigen kapitalistischen Länder und den reaktionären Gewerkschaftsbeamten der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Und zwar hängt dieser Unterschied unmittelbar mit der stärkeren bzw. schwächeren Macht der einzelnen imperialistischen Gruppen bzw. Staaten zusammen.

Man darf allerdings die gesamte amerikanische Arbeiteraristokratie nicht als eine homogene Masse betrachten. Man darf auch nicht den Fehler begehen, die ganze Masse der Gewerkschaftsbeamten als eine homogene Gruppe zu betrachten. Selbst in ihrer Mitte sind bereits die Ansätze zu einer ernsthaften Differenzierung und zu ernsthaften Scheidungen vorhanden. Natürlich wurzeln diese Ansätze in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes, bzw. in den jeweiligen spezifischen wirtschaftlichen Verhältnissen dieses oder jenes Industriezweiges, der von der Gewerkschaft erfaßt wird, ebenso wie in dem Grade der Qualifikation der nichtorganisierten Arbeiter.

Die amerikanischen Kommunisten sind sich über diese Korruption der amerikanischen Gewerkschaftsfunktionäre ebenso klar wie über die geringen Vorteile, die die vielen Millionen qualifizierter Arbeiter, infolge der Stärke, die der amerikanische Imperialismus heute besitzt, vorübergehend erhalten. Die amerikanischen Kommunisten beginnen auch in greifbarer Weise die potentiellen und bestehenden Differenzen nicht nur in der amerikanischen Arbeiterklasse als Ganzes, sondern auch in den verschiedenen Sektionen der Arbeiterklasse sowie unter den Führern der Gewerkschaften auszunutzen. Diese Verhältnisse sind denn auch die Grundlage ihres Kampfes um die Eroberung der Arbeitermassen und um die Verdrängung der führenden Elemente der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie.

---

## **An die Leser**

Mit dem vorliegenden Heft 15 ist der VII. Jahrgang, 2. Halbjahr, abgeschlossen. Jeder Leser hat gewiß schon die Erfahrung gemacht, daß von einem Zeitschriftenabonnement leicht einzelne Hefte verloren gehen, wenn sie nicht gebunden werden. Wir liefern daher auch für diesen Jahrgang Einbanddecken und Register.

Anfang Januar gelangt zur Auslieferung: Einbanddecke (Ganzleinen) für I. Halbjahr 1926 mit Register 1,50 Mark, Register allein 0,30 Mark.

Bestellen Sie sofort bei Ihrer Buchhandlung.

**Der Verlag**

---

Soeben erschien:

W. I. L E N I N  
**ÜBER RELIGION**

---

AUS ARTIKELN UND BRIEFEN

Aus dem Inhalt:

Vorwort — Sozialismus und Religion — Ueber das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion — Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche — Ueber die Bedeutung des streitbaren Materialismus — Leo Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution — Zwei Briefe Lenins an Gorki — Anmerkungen

Das vorliegende Bändchen enthält eine Reihe Artikel und Briefe Lenins zur religiösen Frage aus den Jahren 1905 bis 1922. Die Artikel sind die eingehendste Darstellung des Verhältnisses der modernen Arbeiterbewegung zur Religion, die wir von einem führenden Marxisten besitzen. Besonders interessant ist ein Artikel über Tolstoi. Hier wird in kurzen Sätzen gesagt, was die anderen in ihren Wälzern nicht sagen. Lenin erklärt geschichtsmaterialistisch die Wurzeln der religiösen Grundidee des Tolstoianertums und legt gleichzeitig die revolutionäre Bedeutung des Bauerntums dar. Den Abschluß des Sammelbändchens bilden zwei Briefe Lenins an Maxim Gorki. Ein Bändchen, welches jeder Freidenker lesen sollte.

84 Seiten — Preis 60 Pfennig

---

**VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK**  
WIEN-BERLIN SW 48                      FRIEDRICHSTRASSE 226